

Auswärtiger Ausschuss
Wortprotokoll
20. Sitzung

Berlin, den 06.10.2010, 14:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: 2.800

Vorsitz: Ruprecht Polenz, MdB

Die Videoaufzeichnung der öffentlichen Anhörung ist unter dem Link
<http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a03/anhoerungen/index.html> abrufbar

Einzigiger Punkt der Tagesordnung:

Das neue strategische Konzept der NATO

Eingeladene Sachverständige:

- **Dr. Karl-Heinz Kamp**, Leiter der Forschungsabteilung des NATO Defense College (NDC), Rom
- **Dr. Matthias Dembinski**, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt/M.
- **Dr. Markus Kaim**, Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin
- **Prof. Dr. Dr. Hans J. Gießmann**, Berghof Conflict Research, Berlin
- **Prof. Dr. Michael Brzoska**, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg

Der Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf bitten, dass Sie Platz nehmen. Ich eröffne die 20. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die wir als eine öffentliche Ausschusssitzung durchführen wollen, begrüße Sie alle sehr herzlich zu unser öffentlichen Anhörung zum neuen Strategischen Konzept der NATO. Ich freue mich, dass wir das heute in einer großen Runde machen können, mit Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses, sowie externen Experten, damit wir die künftigen Kernaufgaben des Nordatlantischen Bündnisses miteinander diskutieren können.

Weil das Thema so wichtig ist und weil - wie ja auch aus den vorbereitenden Gesprächen, die wir mit dem deutschen Mitglied der Expertengruppe geführt haben - die Frage der Öffentlichkeitsarbeit für die NATO auch eine große Rolle spielt, haben wir die übliche Geschlossenheit der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses heute aufgehoben, so dass wir öffentlich tagen. Und ich bitte - weil hier die Räumlichkeiten sicherlich ausreichend sind, aber man sich die Plätze suchen muss - zu schauen; hier unten sind noch ein paar Plätze, es sind aber auch noch oben Plätze da, so dass also jeder, der der Sitzung folgen möchte, das sicherlich auch gerne kann.

Wir haben auf Bitten der Kollegen des Verteidigungsausschusses die Sitzung auf den Nachmittag verlegt. Frau Kastner, ich freue mich, dass das geklappt hat und dass wir jetzt auch mit Ihnen gemeinsam - und natürlich haben Sie das gleiche Rederecht als Mitglied des Verteidigungsausschusses wie die Kollegen des Auswärtigen Ausschusses heute in ihrer Sitzung -, dass wir das so durchführen können. Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Wir werden die Sitzung außerdem auch aufzeichnen und in den nächsten Tagen auf der Website des Bundestages zum Abruf verfügbar haben.

Der Ablauf des Nachmittags ist so verabredet: Die Fraktionen haben einen Fragenkatalog erarbeitet; und zudem haben unsere sachverständigen Gäste bereits schriftlich Stellung genommen. Die Stellungnahmen liegen vor der Tür auf dem Tisch aus. Wer sie noch nicht hat, kann sie sich draußen holen. Ich möchte zu Beginn die Sachverständigen bitten, ihre Einschätzung in kurzen Einführungen von jeweils etwa sieben bis acht Minuten vorzustellen. Wir werden dann direkt die Fragerunden der Mitglieder unseres Ausschusses und des Verteidigungsausschusses nach Fraktionszugehörigkeit - also in den Runden, wie wir das sonst auch machen -, anschließen. Dabei haben wir die übliche Redezeitbegrenzung von fünf Minuten. Und die wird auf der Uhr angezeigt und damit das geht, wird das gleich technisch in Bewegung gesetzt. Auf die gesammelten Fragen bitten wir dann die Experten wieder zu einer Antwortrunde.

Vielleicht noch ein Wort zum Zeitrahmen. In weniger als den drei Stunden, die wir jetzt vorgesehen haben, werden wir das Thema sicherlich nicht ausdiskutieren können. Mehr als vier Stunden würden wir wahrscheinlich dann auch aus Gründen der Sitzungsökonomie besser nicht ins Auge fassen. Ich rege deshalb an, dass wir so etwa gegen 18 Uhr zum Abschluss kommen. Sie haben die Uhr im Blick.

Lassen Sie mich kurz die Sachverständigen der heutigen Anhörung vorstellen. Es ist Herr Dr. Karl-Heinz Kamp – hier neben mir -, der Leiter der Forschungsabteilung des NATO Defense College in Rom. Herr Dr. Matthias Dembinski von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung aus Frankfurt. Herr Dr. Markus Kaim, Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik hier aus Berlin. Herr Prof. Dr. Hans J. Gießmann vom Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, ebenfalls aus Berlin, und Herr Prof. Dr. Michael Brzoska vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg. Meine Herren, seien Sie uns herzlich willkommen. Sie haben angesichts der Bandbreite des Themas heute keine leichte Aufgabe bei uns.

Das neue Strategische Konzept wird die Kernaufgaben der NATO im 21. Jahrhundert beschreiben. Die Stichworte lauten: 11. September, grenzüberschreitender Terrorismus, nukleare Proliferationen, Cyber-Attacken, aber auch neue Partnerschaften, verbessertes Krisenmanagement und Stärkung der kollektiven Verteidigungsfähigkeit. Der Auswärtige Ausschuss hat sich mit der Neuausrichtung des politisch-strategischen Denkens in der Allianz immer wieder befasst, insbesondere im Gespräch mit der Bundesregierung, mit NATO-Repräsentanten und Vertretern der von Madeleine Albright geleiteten Group of Experts. Gleichwohl tritt die politische Diskussion jetzt in eine heiße Phase ein. Am 14. Oktober werden die Außen- und Verteidigungsminister und am 19. November die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel in Lissabon über das neue strategische Konzept beraten. Dass wir im Deutschen Bundestag hierzu unsere Meinungsbildung vorantreiben, versteht sich angesichts der Bedeutung der NATO für unsere Sicherheit von selbst.

Ehe wir in die Berichte der Sachverständigen einsteigen, lassen Sie mich noch ein Wort zu einer etwas misslichen Lage sagen, die wir einfach, glaube ich, noch ein Stückweit diskutieren wollen, wenn ich die Tagesordnungsmeldung von Herrn Wellmann richtig verstanden habe, die sich aus Folgendem ergibt: Es gibt inzwischen einen Entwurf für dieses Strategische Konzept, der aber von der NATO als geheim klassifiziert worden ist; dieses Papier dient der Vorbereitung des Treffens der Außenminister. Die Obleute sind durch den Staatssekretär Born über den Inhalt dieses Papiers unterrichtet worden, es ist aber keine Möglichkeit gegeben gewesen – anders als das sonst mit als geheim klassifizierten Papieren der Fall ist –, diese in der Geheimschutzstelle einzusehen. Ich glaube, dass das eine unglückliche Situation ist. Ich bedaure auch sehr, dass diese Möglichkeit der Einsichtnahme über die Geheimschutzstelle nicht gewählt worden ist, meine allerdings gleichwohl – und ich habe mich, weil ich heute Vormittag ja nicht da sein konnte, mit Herrn Klose darüber noch einmal verständigt –, dass wir als Parlament die Expertise der Experten in jedem Falle heute in der Anhörung so wie vorgesehen nutzen sollten. Die Frage, wie wir mit der Informationsweitergabe durch die Regierung umgehen wollen, das müssen wir separat sicherlich in jedem Fall noch besprechen. Aber zur Tagesordnung habe ich jetzt Herrn Wellmann und dann Herrn Gehrcke.

Ich würde aber bitten, dass wir versuchen, das möglichst komprimiert zu machen, damit wir dann auch zur Sache kommen. Herr Wellmann.

Abg. Karl-Georg Wellmann (CDU/CSU): Wir haben ja eine Anhörung zum neuen Strategischen Konzept der NATO. Die Fragen, die die Fraktionen eingereicht haben, beziehen sich auch zum Teil darauf. Wie bewerten Sie die Bedrohung-Szenarien im neuen Strategischen Konzept? Das ist jetzt aber als NATO-geheim, wie mir gesagt wurde, eingestuft. Ich gehe mal deshalb davon aus, dass auch die Sachverständigen dieses Papier eigentlich nicht kennen können. Und ich meine, wir können ein NATO-Seminar allgemein abhalten. Ich finde aber, wir können keine Anhörung hier machen. Es ist keine Anhörung, weil wir nicht wissen, worüber wir reden. Wir können das ahnen, aber wir wissen es nicht. Ich finde es auch aus einem außenpolitischen Grunde für außerordentlich misslich. Die NATO hat die russische Regierung eingeladen, am Gipfel in Lissabon teilzunehmen – was in jeder Hinsicht gut und richtig ist. Das ist ja eines der Ziele, was auch die Albright-Kommission genannt hat. Und der russische Außenminister Lawrow hat erklärt: „Also, wenn es was Gutes zu besprechen gibt, kommen wir.“ Und denen jetzt sozusagen zu sagen, das ist aber geheim, was wir da besprechen wollen. Ich weiß nicht, wo das hinführen soll und welcher Schwanz hier mit welchem Hund wedelt. Ist das ein Generalsekretär in der NATO oder ein Geschäftsführer oder was macht der? Also, es ist im höchsten Maße unbefriedigend, was hier ist. Und meine Neigung, hier bis 18 Uhr an einem NATO-Seminar teilzunehmen, ist nicht sehr groß.

Der Vorsitzende: Zu dieser Frage Herr Gehrcke (DIE LINKE.).

Abg. Wolfgang Gehrcke (Die LINKE.): Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Die Kolleginnen und Kollegen des Auswärtigen Ausschusses wissen, dass ich selten mit Herrn Wellmann zusammen einer Auffassung bin. Aber das, was Herr Wellmann hier vorgetragen hat, kann ich wirklich unterschreiben. Der Vorsitzende unseres Ausschusses und die Kolleginnen und Kollegen haben sich sehr bemüht um diese Anhörung. Ich bin auch dafür, dass wir das machen. Und ich bin gespannt, ob man ein bisschen was Neues erfährt. Altes nur zu wiederholen, bringt selten was. Ich weiß, dass Herr Wellmann ein Freund der NATO ist und Herr Wellmann weiß, dass ich ein Gegner der NATO bin. Da sagen wir uns nichts Neues. Das bringt uns nicht vorwärts in der ganzen Auseinandersetzung. Aber die Einstufung dieses Konzeptes durch den NATO-Generalsekretär und die ausdrückliche Anweisung, das den Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht vorzulegen, entzieht den Abgeordneten ihre Handlungsfähigkeit. Wenn wir hier im Parlament reden müssen, ob wir diesem Konzept zustimmen, welchen Rat wir der Bundesregierung geben - wenn sie einen haben will, kriegt sie den; wenn sie den nicht haben will, kriegt sie den auch -, setzt das ja voraus, dass man das Konzept kennt und sich damit auseinander setzt, setzen kann. Und ich finde das einen Entzug von parlamentarischen Rechten. Abgeordnete, die ein bisschen was auf sich halten, sollten sich das so nicht bieten lassen. Ich habe gehört, der Verteidigungsausschuss hat – und auch der Auswärtige Ausschuss - kategorisch gefordert, dass das Konzept zur Verfügung gestellt wird. Und ich würde Sie sehr bitten, Herr Polenz, als Vorsitzender des Ausschusses - insofern jetzt auch ein bisschen gemeinsam für beide Ausschüsse - klar zu machen: die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wollen dieses Konzept haben. Und ich möchte es gerne so haben, dass wir uns das Recht nicht erst einklagen müssen. Auch das wäre ja möglich, wenn man sich dann nicht einigen kann. Es ist ja ein parlamentarisches Recht und das müssen wir dann auch durchsetzen. Und dann sollten wir uns jetzt anschauen, was wir uns gegenseitig zu sagen haben, was wir zu fragen haben und ich finde, dass das rasch geklärt werden muss. Danke.

Der Vorsitzende: Frau Kastner.

Abg. Dr. h.c. Susanne Kastner (SPD): In der Tat, wir haben sehr darauf gedrungen, dass das in die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages kommt und der Verteidigungsminister hat uns heute morgen verbindlich die Zusage gegeben, er hat mit dem Minister des Auswärtigen gesprochen, dass diese Unterlagen in die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages kommen.

Der Vorsitzende: Also mein Stand vorhin, vor Beginn der Sitzung war so, wie ich es vorgetragen habe. Dann werden wir uns wahrscheinlich dann nach der Anhörung in die Geheimschutzstelle begeben können

Abg. Dr. h.c. Susanne Kastner (SPD): So ist es.

Der Vorsitzende:um das Konzept zu lesen. Vielleicht kann man das ja geschlossen oder einzeln machen, Frau Kollegin. Vielleicht können wir jetzt mit dieser Information diese Debatte etwas straffen, damit wir dann zu dem anderen Punkt kommen. Herr Mützenich? Nicht mehr? Herr Dr. Schmidt.

Abg. Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich denke, die Kolleginnen und Kollegen vorher haben das ja schon auf den Punkt gebracht. Das ist hier eine unangemessene Form von Geheimhaltung, und dass es natürlich eine Farce ist, wenn man uns sagt, nach der Anhörung, die ja lange bekannt war, könnt ihr es dann vielleicht einsehen. Es geht ja darum, dass wir hier eine sinnvolle Diskussion führen. Insofern ist der Kritik da nichts mehr hinzuzufügen. Und dass wir unsere Kontrollaufgaben als Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht angemessen wahrnehmen können, wenn wir so vorgeführt werden, ist, glaube ich, auch klar. Trotzdem, wir haben Expertinnen und Experten eingeladen, die ein hohes Fachwissen haben, und das kann uns in der weiteren Diskussion von Nutzen sein.

Und deswegen möchte ich auch dafür plädieren, dass wir sie anhören und die Gelegenheit haben, Ihnen Fragen zu stellen, trotz dieser misslichen Situation. Und zumindest einer der Experten, wenn ich das richtig sehe, Herr Kamp, bezieht sich ja in seinem Papier auf den aktuellen Entwurf und vergleicht ihn mit der Albright-Kommission. Er scheint also einer der wenigen Privilegierten hier im Raum zu sein, der mehr weiß, als andere.

Der Vorsitzende: Also die Spannung steigt. Ich habe jetzt noch Herrn Stinner, Herrn Ströbele und Herrn Kiesewetter. Können wir dann zu dieser Frage die Rednerliste schließen? Gut. Dann Herr Stinner.

Abg. Dr. Rainer Stinner (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir müssen unterscheiden zwischen zwei Dingen. Zwischen der Maßgabe der NATO von Herrn Rasmussen, ausdrücklich, *expressis verbis*, dass es in diesem Status geheim ist. Das kann man kritisieren, völlig klar, aber die Bundesregierung war daran gebunden, bis sie wohl entbunden worden ist. Zweitens, ich stimme den Kolleginnen und Kollegen völlig zu, dass die Situation, in der wir heute sind, völlig unbefriedigend ist. Auch für unsere Experten. Das ist völlig richtig. Und ich sage auch sehr deutlich, wenn ich gewusst hätte, dass wir zum heutigen Zeitpunkt nicht die Chance gehabt hätten, das Konzept zu lesen, dann hätte ich die Sinnhaftigkeit einer solchen Anhörung heute auch in Frage gestellt.

Der Vorsitzende: Herr Ströbele.

Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bevor ich mich gleich wieder entferne, weil ich in ein anderes Gremium muss, möchte ich meine ganz spezielle Kritik noch loswerden. Ich habe gestern an einer Sitzung teilgenommen, an der der Bundesverteidigungsminister anwesend gewesen ist und wir diese Frage nach dem Papier auch gestellt haben. Und er hat uns zugesichert, dass dieses Papier bis heute zu dieser Anhörung uns zur Verfügung gestellt wird. Er würde mit seinem Kollegen, also mit dem Außenminister, darüber reden. Ich habe dann in den Medien verfolgt, ob der Außenminister denn in Berlin anwesend ist und dass er gestern wohl in Frankfurt war. Also da müsste mal Gelegenheit gewesen sein. Als ich dann gestern bei der Obleute-Unterrichtung gewesen bin, da wurde uns gesagt: Nein, das bekommen Sie nicht. Und das bekommen Sie unter gar keinen Umständen. Das können wir nicht bekommen, können wir nicht kriegen. Das heißt, vielleicht kann man auch innerhalb der Bundesregierung dafür sorgen, dass da eine einheitliche Willensbildung stattfindet. Und dass wir dieses Papier so rechtzeitig bekommen, nicht nur für diese Anhörung. Das ist ja nicht irgendwie eine abstrakte Anhörung, die jetzt hier gemacht wird, sondern die soll ja der Vorbereitung einer Meinungsbildung in den Fraktionen und des Parlaments und hier in Deutschland dienen. Und diese Vorbereitung soll bis Ende des Monats abgeschlossen sein und dann dem Generalsekretär mitgeteilt werden. Also die Zeit drängt und ich kann nur ganz dringend bitten, mir das Papier zu geben.

Der Vorsitzende: So, als letzter dazu Herr Kiesewetter.

Abg. Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, danke, Herr Vorsitzender. Ich habe keine spezielle Kritik. Die habe ich heute im Auswärtigen Ausschuss geäußert. Ich habe aber eine Bitte. Ich bitte festzustellen, welche unserer Experten, die sich ja alle die Mühe gemacht, haben hierher zu kommen, tatsächlich Einblick in den Entwurf des strategischen Konzepts hatten. Vielleicht gewinnt ja dann durch den Einblick, den der eine oder andere gehabt haben mag, der heutige Nachmittag doch noch einen besonderen Erkenntnisgewinn. Danke.

Der Vorsitzende: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie alles, was geheim ist, ist die Neugierde durch diese Debatte jedenfalls gesteigert worden, kann ich mir vorstellen. Und, Herr Kamp, Sie sind ja als einer apostrophiert worden, der offensichtlich da schon mal - in welchem Stadium des Papiers auch immer - reingucken konnte. Sie haben jetzt jedenfalls das Wort.

Dr. Karl-Heinz Kamp (NATO Defense College): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, jetzt erst recht(!) muss ich natürlich als NATO-Mitarbeiter den - was man heute im Neudeutsch den „Disclaimer“ nennt - anbringen. Ich gebe nur meine persönliche Meinung wieder und ich spreche nicht für die NATO oder für den Generalsekretär. Sie mögen sagen, solche Veranstaltungen sind unter der „Chatham House Rule“, aber Sie kennen vielleicht die NATO-Version der „Chatham House Rule“, die besagt: „you can't be quoted, but you can be fired.“ Und aus diesem Grunde bitte ich darum, dass das meine persönlichen Ausführungen sind.

Meine Damen und Herren, eine Firma, die nur alle zehn Jahre überprüft, ob ihre Produkte noch den Bedürfnissen der Kunden entsprechen, wäre wahrscheinlich gar nicht mehr im Geschäft. Deshalb war es höchste Zeit, dass die NATO sich eine neue Strategie gibt. Weil sich ja in der Tat das Marktumfeld dramatisch geändert hat. Man muss in diesem Kreis nicht betonen, dass die Strategie selber ja anders zustande kommt oder anders zustande gekommen ist als alle bisherigen Strategien. Nicht als ein Papier, was in einem Gremium entwickelt wird, geschlossen, sondern was sehr intensiv vorbereitet wurde, auch durch die Albright-Group. Eine ganz persönliche Meinung, explizit persönliche Meinung an dieser Stelle: Gerade die Offenheit bei dem Produkt der Albright-Group, die Tatsache, dass eine Vielzahl von Ländern ihre Stellungnahmen abgegeben haben - Marokko, Ägypten, Israel, wer auch immer -, passt so gar nicht zu dem Prozedere jetzt, das Ganze sehr geheim zu halten. Was aber, wie gesagt eine Entscheidung ist, die jenseits meiner „Payroll“ liegt.

Am 27. September hat der Generalsekretär auf der Basis des Albright-Reports einen Draft vorgelegt, der sich sehr an dem Albright-Report orientiert. Er ist ein bisschen anders gegliedert und ist vor allen Dingen sehr kurz. Die Reaktionen bislang, von denen, die Einblick hatten, sind offenbar sehr positiv. Ich habe versucht, zu den einzelnen inhaltlichen Aspekten Ihnen die Fragen zu beantworten. Ein Punkt noch, der letzte Woche in der Presse auftauchte. Es kam in der Herald Tribune die Meldung es gäbe irgendwie ein hundert Seiten langes zusätzliches Geheimdokument. Davon weiß in der NATO keiner etwas. Es ist so, dass natürlich jede Strategie als politisches Dokument immer eine militärische Implementierung bekommt. Und die ist in der Tat geheim. Aber damit kann man erst dann anfangen, wenn eine abgestimmte und zugestimmte Strategie vorliegt. Die Tatsache, dass der Entwurf des Generalsekretärs und wahrscheinlich oder hoffentlich auch die Strategie sehr kurz sein werden, oder wesentlich kürzer, als die bisherigen Strategien, hat Vor- und Nachteile. Es ist positiv, weil das Dokument lesbar wird, weil es wahrscheinlich verständlich wird. Wer NATO-Dokumente kennt, weiß, dass sie nicht immer unbedingt Pulitzerpreis-würdig sind. Und die NATO ist gezwungen, sich auf die wesentlichen Punkte zu konzentrieren. Negativ mag sein, dass durch die Kürze keine klare „guidance“ in vielen Bereichen gegeben werden kann, wo das Militär sagt, wir brauchen aber genaue Vorgaben, die sie daraus nicht lesen können. Das heißt, in einigen Fällen wird die NATO wahrscheinlich in Lissabon so genannte Folgeaufträge ausgeben. Das heißt, einfach Klarheit in Einzelaspekten verlangen, wenn es zum Beispiel zu der Grundsatzentscheidung kommt, Missile Defense-Raketenabwehr als Bündnisaufgabe festzuschreiben. Dann wird man in einem Folgeauftrag festschreiben müssen, wie das genau aussehen soll und welcher der Verbündeten was genau tun soll.

Es gibt derzeit zwei Fragen, die in der NATO extrem umstritten sind, die vor der Präsentation des Drafts umstrittenen waren und die jetzt umstritten sind, nämlich die Frage Russland und die Nuklearfrage. Mit Blick auf Russland gibt es Bewertungsunterschiede. Und das ist offensichtlich, wie weit man mit Russland kooperieren und auf der einen Seite, bis zu welchem Grad die NATO Schutz vor Russland geben soll. Es gibt, und auch das ist kein Geheimnis, ein sehr starkes Ost-West-Gefälle. Lassen Sie mich wieder einmal persönlich die Meinung sagen: Die deutsche Position von der strategischen Partnerschaft ist nicht Mehrheitsmeinung, um es sehr vorsichtig auszudrücken. Und viele Bündnispartner fragen - und ich frage mich da auch -, was eigentlich der Unterschied ist von einer strategischen

Partnerschaft zu einer normalen Partnerschaft, zu einer besonderen Partnerschaft, einer privilegierten Partnerschaft. Die haben wir ja alle in unserem Umgang mit internationalen Staaten. Und einige Bündnispartner oder sehr viele Bündnispartner weisen darauf hin, dass Russland sich nicht immer benutzerfreundlich verhält. Die Drohung russischer Militärs oder die Waffenlieferung an Syrien, die russische Iran-Politik oder die Aktivitäten des FSB-Geheimdienstes in Osteuropa sind nicht unbedingt als kooperationsfreudiges Verhalten zu bezeichnen. Es geht - um nicht missverstanden zu werden - nicht um die Frage: Kooperation mit Russland, ja oder nein. Sondern es geht um die Frage, wie viel und in welchen Bereichen und ob es wirklich eine Kooperation in allen Bereichen um jeden Preis geben soll. Konsens scheint in einem Punkt zu bestehen, den finde ich sehr wichtig, nämlich dass Partnerschaft mit Russland und Rückversicherung vor Russland- „resurance“ - wie es in NATO-Deutsch heißt, sich nicht ausschließen. Das sind keine Gegensätze, als die sie immer dargestellt werden. Nur wenn alle NATO-Partner sich resured fühlen, sicher fühlen, ist eine wirkliche Kooperation mit Russland möglich.

Vielleicht allianzpolitisch weniger wichtig, dafür aber noch brisanter ist die - weil mit größeren Unvereinbarkeiten ausgestattet - Nuklear-Frage. Und da sieht es jetzt auch nach der Präsentation des Drafts nicht dramatisch anders aus als vorher. Und es gibt - bevor man mit dem allgemeinen Fingerzeigen beginnt, wer nun welche Position nicht mitträgt - eine gewisse Konfusion in der Nuklear-Frage auf allen Seiten. Frankreich stellt sich gegen den allgemeinen Trend, die nuklearwaffenfreie Welt als realistisches Ziel anzusehen, weil es einfach nicht glaubt, dass Länder wie Russland oder Israel oder Indien irgendwann einmal ihre Nuklearwaffen aufgeben würden. Die USA halten an den Diktum des Global Zero fest, ihre konkrete Nuklear-Politik ist aber so, als würden sie Kernwaffen noch sehr lange als Faktor der internationalen Beziehungen ansehen. Deutschland fordert den Abzug der amerikanischen Kernwaffen in Europa, sagt aber nicht, wie denn dann eigentlich Abschreckung und vor allen Dingen nukleare Mitsprache aussehen sollte, weil - bei allem Respekt! - Abzug allein kein Wert an sich ist.

Es ist ja auch nicht der Wert einer Waffe, abgerüstet zu werden. Das Ziel muss sein, Sicherheit zu schaffen, wenn der Abzug dem dient, um so besser. Der Iran will offenbar partout nicht von seinem nuklearen Ambitionen lassen und Russland wehrt sich dezidiert gegen nukleare Rüstungskontrolle im taktischen Bereich, weil – mögen Sie es oder mögen Sie es nicht - Russland zunehmend Nuklearwaffen als Ersatz, als Kompensation sieht für fehlende konventionelle Fähigkeiten. Man mag ja die Position Frankreichs nicht mögen, aber in gewissen Punkten kann man ihr eine gewisse Ehrlichkeit nicht absprechen. Diese Gegensätze wird man bis New York, wird man bis zum Gipfel im November nicht überbrücken können. Auch das wird ein Folgeauftrag, wie ich hoffe, geben, damit die NATO einen neuen Konsit Und das geht nicht von heute auf morgen, das wird einige Monate, vielleicht sogar Jahre dauern, sich auf die Frage zu einigen, wie man wen und womit abschreckt. Diesen Grundkonsens brauchen wir neu.

Lassen Sie mich einen Punkt zum Schluss machen. Nämlich, wenn das neue Strategische Konzept vorliegt, ob es nun dem jetzigen Draft entspricht oder ob es völlig geändert wird oder wie auch immer, wird es mit Sicherheit Kritik geben. Es wird den einen zu spezifisch sein, den andern nicht spezifisch genug. Die einen werden beklagen, dass es die eierlegende Wollmilchsau ist, die anderen werden beklagen, dass es genau die nicht ist. Mindestens eben so wichtig als das Dokument selber ist aber der Prozess, der zu der Strategie geführt hat. Denn zum ersten mal seit sehr langer Zeit wird in der NATO endlich die Grundsatzdebatte geführt und dafür ist auch eine Anhörung wie diese wichtig, ob man nun eben diesen Draft kennt oder nicht. Die Grundsatzdebatte, was für eine Organisation man eigentlich ist und welche Ziele man genau hat. Der Trick an der ganzen Sache ist, dass der Prozess bisher schon hat zwei Dinge erfordert, nämlich erstens: Bündnispartner mussten sich über ihre eigene Position klar werden, das war nicht jede. Und zweitens, man musste die eigene Posi-

tion transparent machen, man muss es immer noch. Und aus dieser Hinsicht wird in Zukunft Trittbrettfahren, was man in jeder Institution hat, schwieriger.

Allerletzter Punkt: die Einigung auf das Strategische Konzept im November ist nicht das Ende eines Entwicklungsprozesses, sondern dessen Anfang. Das heißt, es werden in der Folgezeit sehr schmerzhaft Schritte zu tun sein, um die NATO dahin zu bekommen, wo sie hin sollte. Wir erleben gerade hier in Deutschland in der Bundeswehrdebatte, wie schmerzhaft Schritte sein können. Das heißt, es wäre falsch, das strategische Konzept, ob man mit ihm übereinstimmt oder nicht, letztlich als Ersatzhandlung zu verstehen für die kommenden schwierigen Entscheidungen, es ist bestenfalls ein Wegweiser. Und on latter be note danke ich Ihnen sehr für Ihre Geduld.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Kamp. Wir kommen jetzt zur der zusammengefassten Bewertung von Herrn Dr. Dembinski. Bitte schön.

Dr. Matthias Dembinski (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung): Vielen Dank für die Einladung. Es ist natürlich sehr schwierig, jetzt über etwas zu reden, das man nicht kennt. Auch das so genannte Albright-Papier fand ich nicht besonders erhellend. Ich habe es eher eigentlich als ein Kompromiss-Papier gelesen, was auch so ein bisschen die Orientierungslosigkeit meines Erachtens reflektiert, in der wir und die NATO sich zur Zeit befinden. Ich habe wie Sie, Herr Kamp, das Gefühl, dass sozusagen von dem Strategischen Konzept auch nicht definitive Antworten zu erwarten sind, sondern dass ein Prozess angestoßen wird und Antworten auf die wichtigen Fragen erst zu späteren Zeitpunkte möglicherweise gegeben werden können.

Von daher möchte ich Ihnen vielleicht lieber ein paar sehr kursorischen Anmerkungen zu diesem ganzen Prozess präsentieren. Ich möchte zunächst daran erinnern, dass die NATO eigentlich drei wesentliche Kernaufgaben erfüllt und zwar auch ganz ohne Kontroverse. Es steht eine Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegen, sie bildet eine transatlantische Klammer und sie stellt eine kostengünstige Versicherungspolice dar, ohne die ihre Mitglieder wahrscheinlich viel nervöser auf sicherheitspolitische Risikolagen reagieren würden. Die NATO erbringt diese Leistungen, sie erbringt diese Leistungen gut und das ist auch der Grund, warum sie nach wie vor als eines der historisch erfolgreichsten Verteidigungsbündnisse gilt. Allerdings umreißen diese Kernaufgaben eine passive Agenda. Das war offensichtlich immer zu wenig gewesen und das sichert offenbar nicht hinreichend die Situation der NATO. Die Suche nach aktiven Aufgaben gestaltete und gestaltet sich allerdings als außerordentlich problematisch und schwierig. Einige dieser gegenseitig diskutierten Vorschläge, auch im Zusammenhang mit dem Strategischen Konzept sind offensichtlich ungeeignet. Hierzu gehören etwa Cyber- und Energiesicherheit als künftige Kernaufgaben der NATO. Andere Vorschläge würden die NATO m.E. auf ein vollkommen falsches Gleis steuern. Hierzu gehört etwa die Idee, den Art. 5 und die territoriale Beteiligung wieder ins Zentrum zu stellen und möglicherweise auch durch zusätzliche Maßnahmen, etwa auf dem Gebiet der neuen Mitgliedsstaaten, nochmal zu unterstreichen. Wenn das also alles nicht Aufgaben der NATO sind, was könnten Kernaufgaben der NATO sonst sein in Zukunft? Und aus friedenspolitischer Sicht würde ich vorschlagen, dass die NATO zwei alte Aufgaben wiederum zu ihren neuen macht. Nämlich, sie sollte zum einen die Ernüchterung über das bisherige Out of Area-Engagement als Chance begreifen und es unter dem Vorzeichen einer klaren Akzeptanz der Vereinten Nationen neu formulieren. Und sie sollte zweitens anknüpfen an die Philosophie der ersten Erweiterungsrunde: Das Ziel eines geeinten Europa noch einmal aufgreifen und die Verständigung mit Russland offensiv vorantreiben und zwar zu einer Kernaufgabe der NATO wirklich machen.

Wenn ich darf, erst mal ein paar Ausführungen zu einzelnen Punkten. Das betrifft zum einen die Zukunft der nuklearen Waffen und vor allem die taktischen Nuklearwaffen der USA in

Europa. Ich denke, auch hier besteht Konsens, dass diese Nuklearwaffen ihren militärischen Sinn längst verloren haben und dass es um einen möglichst vollständigen Abzug dieser Waffen geht. Und eigentlich umstritten ist lediglich noch, ob hier ein unilaterales Vorgehen zu wählen ist oder ob man das auch auf einem Verhandlungswege zusammen mit Russland versucht zu erreichen. Weil m.E. den Nuklearwaffen ohnehin nur eine relativ nachrangige Bedeutung zukommt und weil der Verhandlungsweg – Herr Kamp hat es schon angedeutet – sozusagen sofort Gefahr laufen würde, in die verschiedenen Fallstricke mit anderen Verhandlungen zu geraten.

In Russland wurde in diesen Fragen ein Junktim hergestellt zwischen Nuklearwaffen, kommerziellen Waffen, Raketenabwehr. Deshalb rate ich zu einem pragmatischen Vorgehen und würde dafür plädieren, erst einmal einseitige Schritte zu machen, etwa - das halte ich für überfällig - eine Zusage, eine klare no first use-Zusage in der Strategie der NATO, in der Nuklearstrategie, und würde mich auch dafür aussprechen, ruhig mit der Konsolidierung dieser Waffen zu beginnen und dann in einer späteren Phase, wenn es Fortschritte bei KSE gibt – Raketenabwehr- gibt, Russland in diesen Prozess mit einzubinden. Wo ich bei der Raketenabwehr bin: Ich halte diese Frage, also das Angebot der USA, dass die NATO in diesen Phase Adaptive Approach mit einsteigt, zu einem NATO Programm macht, für einen der sensibelsten und wichtigsten und problematischsten Aspekte der Debatte, der wir uns heute wahrscheinlich gegenübersehen. Meine große Befürchtung ist, dass es nicht gelingen wird, Russland so in diesen Prozess hinein zu bekommen, dass russische Sicherheitsbedürfnisse tatsächlich irgendwie aufgehoben werden. Ich kann das gerne im Gespräch erläutern, aber ich halte das für ein ganz, ganz großes Problem. Ich sehe nicht, dass es - selbst wenn der politische Wille vorhanden wäre - auf beiden Seiten zu einer kooperativen Lösung kommen kann. Ich sehe nicht, dass kooperative Lösungen vorstellbar sind, die aus sich heraus Vertrauen erzeugen. Ich glaube, dieser ganze Bereich ist selbst bei gutem politischen Willen weiterhin ein Bereich, der, damit er nicht sofort aus dem Ruder läuft, nicht zu einer weiteren Konfrontation mit Russland führt.

Ich glaube, dass sozusagen diesem Bereich ständig von außen Vertrauen zugeführt werden muss, damit Russland diesen Prozess überhaupt mitmacht und toleriert. Frage, wo soll dieses Vertrauen herkommen? Wir müssen, glaube ich, mit Russland gemeinsam Bereiche, Initiativen entdecken, schaffen, sozusagen indem wir Vertrauen mit Russland zusammen aufbauen können. Und das bringt mich zu der Frage: Verhältnis NATO - Russland? Ich hatte das Gefühl, dass die in dem Experten-Bericht von Albright vorgeschlagene Doppel-Strategie, aus Kooperation in Bereichen gemeinsamen Interesses und Risikovorsorge, dass diese Strategie viel zu kurz greift. Eine solche Strategie birgt m.E. das Risiko, dass die derzeitige atmosphärische Entspannung wiederum zerbricht, wie übrigens die atmosphärische Entspannung nach den Terroranschlägen des 11. September, und dass sie wiederum einer Dynamikabgrenzung der Konfrontation Platz macht. Und dafür ist Russland m.E. viel zu wichtig, und dafür sind die russischen Obstruktionsmöglichkeiten auch viel zu groß. Zudem würde eine derartige Doppelstrategie auch wahrscheinlich den Strukturen der russisch-westlichen Beziehung gar nicht mehr gerecht.

Ich sehe eigentlich im Grunde, nachdem sozusagen diese Frage der dritten Erweiterung sowieso zurück gestellt ist, in diesem Verhältnis kaum noch materielle Ursachen für Konflikte. Stattdessen speist sich das immer noch viel zu hohe Spannungsniveau m.E. aus wechselseitigem Misstrauen und aus verkürzten Wahrnehmungen des Anderen. Das bedeutet aber auch, dass sozusagen jenseits dieser Realitäten der konfrontativen Abgrenzung, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, auch die Möglichkeit einer immer enger Zusammenarbeit gegeben ist. Vor diesem Hintergrund würde ich sagen, kommt es jetzt darauf an, einfach Russland geradezu mit einer offensiven Kooperationsstrategie-Person einzubinden. Ich will auf die Elemente gar nicht eingehen, will aber durchaus schon erwähnen, dass ich mir sozusagen durchaus vorstellen könnte, dass als Ergebnis – als langfristiges

Ziel - einer solchen Strategie auch eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO vorstellbar ist, zumindest theoretisch, obwohl das ganz weit weg ist und natürlich die Schritte hin zu diesem Weg viel wichtiger sind als das Ziel selber. Ich nehme an, das war das Ende, oder?

Der Vorsitzende: Herr Dembinski, nehmen Sie es nicht auf die Sekunde genau. Es ist nur so eine Andeutung.

Dr. Matthias Dembinski: Empfehlung, ganz kurz noch: Also wie geht das weiter mit den angedeuteten Fragen, mit dem umfassenden Ansatz comprehensive approach, also wie positioniert sich die NATO? Soll sie sich positionieren in Zukunft auf diesen Problemfeldern Risikovorhersage, Stabilisierung? Das ist zu Zeit ein "uphill-battle", die Stimmung ist deutlich gekippt. Es gibt sozusagen einen ganz klaren Trend, so etwas wie in Afghanistan nicht noch einmal zu probieren. Ich würde vorschlagen, dass die NATO das auch als Chance nimmt, dass sie den comprehensive approach sozusagen nicht als hegemoniales Projekt begreift, sondern sozusagen sich selber sieht als Partner und möglicherweise auch noch nicht mal als der wichtigste Partner - andere Organisationen und hier der Vereinten Nationen - und versucht, eine Strategie der Partnerschaft mit den Vereinten Nationen wieder zu entwickeln und zu einer Stärkung des VN-Peacekeeping beizutragen. Und damit höre ich dann auf.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dembinski. Als nächstes hat das Wort Herr Dr. Kaim, der Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik. Herr Dr. Kaim.

Dr. Markus Kaim (Stiftung Wissenschaft und Politik): Herzlichen Dank für die Einladung. Auch ich gehöre zu denjenigen, die trotz aller formeller wie informeller Bemühungen das Dokument des Generalsekretärs nicht kennen. Da die Antworten auf den Fragekatalog schriftlich vorliegen, will ich eher so ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen und in drei Punkten vorgehen. Erstens, ich würde gerne etwas sagen zu den Funktionen, die so ein strategisches Konzept überhaupt erfüllen muss. Ich will in Ergänzung zu Karl-Heinz Kamp drei weitere wichtige Punkte bzw. Bruchstellen der bisherigen Debatte noch einmal benennen, und drittens zumindest einige Optionen entwickeln, wie es denn jetzt mit dem Dokument eigentlich weitergehen könnte - das Ganze in acht Minuten.

Erstens, wenn wir der Frage nachgehen, wofür braucht es denn ein Strategisches Konzept, warum nach zehn Jahren, weshalb nicht nach 12 Jahren oder vor sieben Jahren, drängen sich zwei Kernfunktionen auf. 1) Ein solches Strategisches Konzept, welche Form es am Ende auch annehmen mag und welche Inhalte darin sein müssen, muss als erstes Legitimation nach außen generieren, d.h., es muss der Öffentlichkeit in aller Breite und in Allgemeinheit zumindest vermitteln, weshalb die NATO auch Anfang des 21. Jahrhunderts noch eine funktionierende und effektive Organisation ist. Jüngste Umfragezahlen deuten darauf hin, dass die NATO gerade in der Bundesrepublik sich noch einer erstaunlich hohen Beliebtheit erfreut. 56 Prozent der Bevölkerung halten die NATO für wichtig für die nationale Sicherheit, aber der Blick wird dadurch verstellt, dass die die Zahl über 50 Prozent liegt. Eigentlich ist die Zahl seit zehn Jahren im Abstieg begriffen. Also die NATO ist noch nicht in einer Identitätskrise in der deutschen Öffentlichkeit, aber auf dem Wege dahin. Viel, viel wichtiger ist aber, glaube ich, die Orientierung nach innen, also d.h., die Gehalte, die bereits angesprochen worden sind. Und hier würde ich auch, glaube ich, die große Funktion des neuen Strategischen Konzepts sehen. Wir müssen uns ja immer in Erinnerung rufen, es ist das erste neue Strategische Konzept, das nach den großen Erweiterungsrunden der NATO formuliert werden wird. Das heißt, wir haben heute eine NATO mit 28 Akteuren, ein sehr heterogenes Meinungsspektrum innerhalb der NATO. Und ich glaube, das ist die große Leistung, dass ein strategischer Konsens, ich vermeide den Ausdruck „hergestellt“ worden ist, aber die Mitglieder der NATO sich diesem angenähert haben. Es bleiben Bruchstellen, auf die werden wir sicher in der Debatte gleich eingehen.

Es bleiben Punkte, wo kein Konsens hergestellt werden konnte, aber es ist, glaube ich, ein großer Versuch gewesen, und ich würde sagen, in weiten Teilen ein erfolgreicher Versuch, unter diesen sehr heterogenen 28 Allianz-Partnern Ansätze eines Konsens herzustellen. Und ich glaube, das ist der wichtige Punkt.

Auf drei Punkte würde ich an dieser Stelle zum Einstieg noch einmal gerne eingehen, in Ergänzung zu Karl-Keinz Kamp: Erstens, ich finde es nicht wundersam, dass der Art. 5 – die kollektive Verteidigung - sozusagen als Eckpfeiler, als Leim der NATO erneut bekräftigt worden ist. Die Frage wäre auch, was wäre denn gewesen, wenn nicht, dann würde die Ratio endgültig entfallen, Mitglied der NATO zu sein. Die entscheidende Frage ist, glaube ich, tatsächlich jetzt auch oder auch für die nächsten Wochen noch, was konstituiert denn heute einen Art. 5-Fall. Der Generalsekretär hat sich zumindest ja mit dem, was in der Presse angedeutet worden ist, sehr weit aus dem Fenster gelehnt, dass sich diese Fragen von Cyber Security und Cyber-Attacken einem Art. 5-Fall annähern würden. Ich glaube, das ist eine Frage, die noch eine tiefere Betrachtung verdient und die man, glaube ich, auch sehr kontrovers diskutieren kann.

Zweiter wichtiger Punkt, das ist weniger eine Bruchstelle. Aber ich glaube, für die deutsche Politik gilt es, das noch einmal in Erinnerung zurufen. Die Frage des Spannungsverhältnisses von Art. 5 und Auslandsmissionen, die beiden Pfeiler der NATO werden weiterhin so erhalten bleiben. Die NATO wird auch in Zukunft, nach allem, was ich den Diskussionen und Dokumenten entnehme, auch ein globaler Sicherheitsanbieter im Sinne und im Auftrag der Vereinten Nationen bleiben. Das heißt, wir werden sicher nach den Afghanistan-Erfahrungen eine große Reduktion von Militäroperationen der NATO sehen. Wir werden einige Mitgliedstaaten aufgrund der Finanzkrise und aufgrund der Afghanistan-Erfahrung mit größerer Zurückhaltung, politisch motivierter Zurückhaltung, sehen. Aber ich glaube, die NATO kann hinter den Punkt nicht zurück, wenn sie tatsächlich in Fragen der Unterstützung des Friedens- und Sicherheitssystems der Vereinten Nationen glaubwürdig sein will.

Die dritte Frage, die ich noch relevant finde, auch gerade für die deutsche Politik, die Frage des comprehensive approaches. Wenn die NATO in Zukunft auch mit so genannten hybriden Missionen zu tun haben wird, wie in Afghanistan zum Beispiel, wo militärische Elemente höchstens 25 Prozent des angestrebten Erfolgs generieren können, die NATO also auf zusätzliche oder auf die Zuarbeit bislang von anderen Akteuren angewiesen ist, die andere zivile Kapazitäten zur Verfügung stellen können, bislang die Europäische Union, die Vereinten Nationen, Nichtregierungsorganisationen und anderes mehr, dann drängt sich die Frage für die Zukunft auf, mit welchem Verfahren die NATO in der Lage ist, diese Kapazitäten zu generieren. Und hier liegen die Optionen relativ klar auf dem Tisch: Selber beschaffen, damit ungewollt diese duplizieren, die andere bereits haben oder die Kooperationen mit anderen internationalen Organisationen verbessern. Das sind, glaube ich, drei Punkte, die auch gerade für die deutsche Politik noch mal wichtig sind.

Dritter Punkt, wie kann es jetzt weitergehen mit dem neuen Strategischen Konzept? Ich glaube, was zu vermeiden ist, dass wir ein neues strategisches Konzept haben wie 1999 mit 65 Paragraphen, was letztlich ein Weihnachtsbaum gewesen ist, an dem jeder das dranhängen konnte, was ihm wichtig gewesen ist. Und an dessen Ende beides nicht geleistet wird: Keine Legitimation nach außen und keine Orientierung nach innen. Dementsprechend halte ich den zurzeit sich andeutenden Weg, um es ganz vorsichtig zu formulieren, für den richtigen. Ein eher knappes Dokument, ob es sechs Seiten haben wird oder elf Seiten, das ist gar nicht der Punkt, aber ein eher knappes, präzises Dokument, was eher eine Art Mission Statement der NATO ist, als dass jede Detailfrage im neuen strategischen Konzept wirklich angesprochen werden muss.

Und meine Empfehlung an die deutsche Politik wäre, trotz des nachvollziehbaren Bedürfnisses jetzt über das neue strategische Konzept oder präzise den Entwurf des Generalsekretärs in Verhandlung zu treten, an bestimmten Punkten sich auch zurückzunehmen und sich darauf zu verlassen, dass wirklich nicht alles im neuen Strategischen Konzept geregelt werden muss, sondern - und da bin ich ganz bei Karl-Heinz Kamp - es wird eine Fülle von Folgedokumenten geben, die sich daraus ableiten. Und ich glaube, darauf sollte man sich auch verlassen.

Ich will zum Schluss kommen. Erstens würde ich davor warnen, das neue Strategische Konzept zu überschätzen. Die NATO könnte auch - wir können das gedankliche Experiment auch machen - trefflich noch weitere drei Jahre ohne neues Strategisches Konzept existieren. Mein Punkt ist nicht, es klein zu reden, die Bedeutung klein zu reden. Nur glaube ich, wir sollten jetzt auch nicht in das Gegenteil verfallen und das neue Strategische Konzept überschätzen. Nicht jeder Dissens, der bereits angedeutet ist - Russland, Nuklearwaffen und anderes mehr -, wird überbrückt werden oder nur rhetorisch überbrückt werden mit diplomatischen Formeln. Ich bin sicher, wir werden jetzt schon in der Nachberichterstattung von Lissabon Mitte November die Punkte benennen können, an denen wir relativ klar sagen, der Dissens im neuen Strategischen Konzept ist gerade eben nur diplomatisch übertüncht worden. Es wird sicherlich auch in zügigster Art und Weise, wie die früheren neuen strategischen Konzepte 1991 und 1999 von den sicherheitspolitischen Entwicklungen überholt werden. Aber der Punkt ist zu machen, es ist der erste und bislang, wie ich finde, weitgehend erfolgreiche Versuch, einen strategischen Konsens in der NATO herzustellen bzw. wieder herzustellen. Danke sehr.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Kaim. Als nächstes hat Prof. Dr. Dr. Gießmann vom Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung hier aus Berlin das Wort. Herr Gießmann.

Prof. Dr. Dr. Hans J. Gießmann, Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung: Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Das Institut heißt inzwischen Berghof Conflict Research, was ein bisschen einfacher auszusprechen ist als dieser lange Namen, den wir jetzt haben. Ich möchte in Ergänzung zu der sehr umfänglichen Stellungnahme, die ich in schriftlicher Form abgegeben habe, einige Anmerkungen machen, ohne zu wiederholen, was meine Vorredner schon gesagt haben, und auch in drei Punkten Stellung nehmen.

Erstens: Zu den Punkten, wo ich Übereinstimmung sehe zu den Unterlagen, die mir bekannt waren, einschließlich der Reden, die Rasmussen seit dem Sommer gehalten hat und die gewissermaßen auch ein Indiz dafür sind in welche Richtung die Diskussion weitergegangen ist.

Zweitens: Auf Dissens-Punkte unterteilt in Kritik an Positionen an denen meines Erachtens in dem vorliegenden Entwurf zu wenig geliefert wird und in Positionen bei denen das NATO Konzept über das was die NATO leisten kann hinausgeht und dann ein ganz kurzes Fazit abschließen.

Ich teile im Wesentlichen die Risikoanalyse, die der Albright Bericht vorlegt. Allerdings entsteht für mich der Eindruck eines Automatismus zwischen Risiken und Bedrohungen - das geht im Konzept sehr stark ineinander über -, der aber so nicht existiert, weil Präventionsmöglichkeiten, die verhindern können, dass Risiken in Bedrohungen umschlagen, unterschätzt werden. Die beschriebenen Risiken im Bericht sind keine Herausforderung für ein militärisches Bündnis, auch nicht speziell für die NATO, sondern sie sind globaler Natur und können insofern auch nur in globaler Kooperation bewältigt werden.

Zweitens teile ich ausdrücklich den allerdings sehr knapp geratenen Punkt im Albright-Bericht über die Stärkung partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Dieser Punkt ist im

Vergleich auch zu den anderen Aufgaben sehr knapp geraten. Leider bleibt zumindest die NATO-Studie aber eher eben unbestimmt. Es entsteht in den weiteren Ausführungen der Eindruck, dass Partnerschaft meint, die Unterstützung Dritter für das Vorgehen der NATO zu erhalten, nicht die Abstimmung zwischen gleichberechtigten Partnern auf gemeinsame Ziele und auf ein gemeinsames Vorgehen.

Und Drittens halte ich auch den Grundsatz der Politik der Offenen Tür, so wie es genannt worden ist unter Einschluss Georgiens, Ukraine und Russland, für richtig, wobei bei der Bestandsaufnahme des gesamten Texts unklar bleibt, ob einige Staaten Russland nicht doch weiterhin als potentielle Bedrohung erachten. Kurzum, der Verdacht einer nur beschwichtigenden Rhetorik gegenüber Moskau wird nicht ausgeräumt, solange sich das Bündnis nicht intern auf eine gemeinsame Linie verständigt, ob es Sicherheit mit oder vor Russland sucht. Das ist eine interne Frage des Bündnisses, natürlich auch des Verhaltens Russlands. Aber ich bin mir nicht sicher, ob Russland versteht, dass es zwischen Sicherheit vor Russland und Sicherheit mit Russland keine Widersprüche gibt.

Zum zweiten Punkt: Wo bleibt das Konzept oder die Überlegungen bisher hinter den Erwartungen zurück? Meines Erachtens wird die Notwendigkeit, die Vereinten Nationen zu stärken, gerade auch in Anbetracht der umfänglichen Herausforderungen, die beschrieben werden, zu wenig betont. Damit in Zusammenhang steht auch die Verantwortung, die Bindungswirkung des Völkerrechts zu erhöhen und speziell militärische Missionen unbedingt an ein Mandat der Vereinten Nationen zu knüpfen.

Zweitens: Was ich ebenfalls vermisse, ist eine kritischere Reflektion der in den zurückliegenden Missionen erreichten Ziel-Mittel-Ergebnis-Relation. Dies betrifft insbesondere die neuen Herausforderungen zur Sicherheit, wie sie schon seit Jahren auch in der ISS genannt worden sind: Terrorbekämpfung, Eindämmung regionaler Konflikte, Nicht-Verbreitung von Atomwaffen, organisierte Kriminalität, Wiederherstellung funktionierender Staatlichkeit. Wie also in diesen Fragen ein Militärbündnis tatsächlich stabilisierend wirkend kann, wird m.E. nicht hinreichend angesprochen, ganz zu schweigen von der Antizipation einer Ziel-Mittel-Relation für die neuen Probleme von Cyber-War bis Klimawandel, wie sie genannt werden. Es fehlen auch meines Erachtens „lessons learned“ aus den Afghanistan-Einsätzen und seine vorhersehbaren Konsequenzen für den Verlust öffentlichen Rückhalts für diesen Einsatz wie für etwaige Überlegungen zu künftigen Einsätzen. Wo „lessons learned“ erkennbar sind, z.B. mit Blick auf die Bildung einer zivilen Dimension der NATO, erscheinen sie mir nicht konsequent durchdacht.

Und drittens fehlt schließlich ein schlüssiges Konzept zur Rüstungskontrolle und Abrüstung – dies darf dem stärksten Akteur der Welt abverlangt werden. Wer sonst sollte es glaubwürdig auf den Weg bringen können? Die Kritik gilt natürlich insbesondere für den nuklearen Bereich, wo infrage steht, inwieweit ein Rüstungskontrollregime entwickelt werden kann, das Russland einbindet und die Frage der offensiv/defensiv Rüstung hinreichend regelt.

Zweitens gilt das aber auch für den konventionellen Bereich, wo sich die Kriegsführungsmöglichkeiten durch „revolutionary military affairs“ und Proliferation im kommenden Jahrzehnt erheblich verändern werden und zudem insbesondere auch durch die Privatisierung von Gewaltakteuren neue Kontroll-Probleme entstehen werden. Wo wird sozusagen der NATO zu viel auferlegt?

Meines Erachtens erstens in der Überschätzung militärischer Möglichkeiten zur Risikoverringerung; es besteht eine Diskrepanz zwischen der realistischen Einschätzung, dass die meisten der Sicherheitsrisiken nicht militärisch zu beseitigen sind, und der Erwartung, dass ein System gegenseitiger kollektiver Verteidigung dennoch das wichtigste Instrument sei, um aus diesen Risiken möglicherweise entstehende Drohungen abzuwehren. Der

NATO sollte zwar nicht abverlangt werden, was sie nicht leisten kann; sie sollte aber auch nicht versuchen, leisten zu wollen, was andere in der Prävention besser können.

Zweitens werden die Interessen der Bündnismitglieder, gemessen an den beschriebenen globalen Herausforderungen und des Bündnisses überbetont, im Gegensatz zur notwendigen globalen Mitverantwortung in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen. Um nicht missverstanden zu werden, Interessenbestimmung ist für jede Strategieentwicklung ein zwingendes Erfordernis. Sie sollte aber in globalen Sicherheitsfragen nicht in Konkurrenz voneinander folgen. Besonders problematisch erscheint mir, dass die Ziele der NATO selbst in Bezug auf die Öffnungspolitik in globalen Zügen als eine Kartellierung von Macht zur Wahrung eigener Besitzstände aufgefasst werden können. Hierfür sind weniger die Intentionen der NATO-Staaten von Belang, als die Perzeption seitens der Außenstehenden.

Drittens schließlich: Die vorgesehene Zueignung ziviler Fähigkeiten für die NATO zielt auf größere Autarkie-Fähigkeit in Kooperationsunabhängigkeit der Allianz. Dem Argument höherer Effizienz, was ich nachvollziehen kann, in Anbetracht der Erfahrungen in den letzten Einsätzen, ist entgegenzuhalten, dass die Idee einer „one-for-all“-Organisation dem Ziel einer gleichberechtigten komplementären Partnerschaft widerspricht. Warum zudem eine Bündelung aller Fähigkeiten unter dem Dach eines Inter-Verständnis auf kollektive Verteidigung ausgerichteten Bündnis besser für Prävention geeignet sein soll, als inter-institutionelle Synergie unterschiedlicher Fähigkeiten, bleibt offen. Durch die drohende Absorption von Kompetenzen anderen Organisationen wird deren Autorität ausgehöhlt und es entsteht die Gefahr unnötiger und kontraproduktiver Konkurrenz zwischen der NATO und zivil ausgerichteten Organisationen.

Zu meinem Fazit: Das NATO-Strategie-Konzept in dem, was mir bekannt ist, springt zu kurz, knapp oder nicht; wenn es besonders knapp, ist hat es vielleicht die Aussicht, einer längere Zeit zu überdauern, weil wichtige Fragen nicht geklärt werden. Wenn es ausführlicher formuliert werden sollte, wird es sicherlich zur Diskussion Anlass geben. Ich teile die Auffassung, die meine Vorredner geäußert haben, dass die Diskussion mit der Verabschiedung des Konzepts nicht zu Ende ist, und ich würde auch davon ausgehen, dass spätestens nach der Beendigung des Afghanistan-Einsatzes und der dann aufbrechenden offenen Diskussion, welche Einsätze die NATO künftig führen kann und führen sollte, an einem Konzept zu arbeiten sein wird. Insofern bescheinige ich den jetzigen Überlegungen eine vergleichbar kurze Verfalldauer. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Professor Gießmann. Als letztes in der Expertenrunde kommt jetzt zu Wort Herr Prof. Dr. Michael Brzoska vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik aus Hamburg. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Brzoska, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank für die Einladung. Ich möchte nach den Kollegen, die schon vieles gesagt haben, vor allen Dingen kurz auf fünf Punkte eingehen.

Das Erste, zu dem ich etwas sagen möchte, ist das Sicherheitsverständnis, das ich jedenfalls aus den bisher vorliegenden Unterlagen – ich kenne das Papier auch nicht – erwähne. Der zweite Punkt betrifft die zu mindestens in dem Albright-Bericht sehr stark privilegierte Bedrohung durch Raketen, insbesondere aus dem Iran. Der dritte Punkt betrifft die Frage der Einsätze von NATO-Streitkräften außerhalb des Bündnisgebietes. Viertens möchte ich kurz eingehen auf die Verbesserung der Effizienzsteigerung - der konventionellen Fähigkeiten -, und fünftens etwas sagen zum Outreach- Programm der NATO.

Eine kurze Vorbemerkung zu dem, was die Kollegen gesagt haben: Ich bin der Meinung, dass ein Strategisches Konzept der NATO nicht allein durch Kürze glänzen sollte, sondern dass es

schon mehr als nur ein Minimalkonsens ausdrücken sollte. Weil das Problem, was ich zum Teil in dem Albright-Bericht, der ja, wie Herr Kamp gesagt hat, ein wesentliches Papier für die Erstellung durch den Generalsekretär gewesen ist, sehe, dass dort zu viel an Formel-Kompromissen, zu viel auch an nur dem, was man gemeinsam glaubt, vertreten zu können und deswegen dann insgesamt doch ein sehr schwammiges Bild entsteht, das nicht wirklich der Steigerung der Legitimation der NATO dient.

Aber zu den konkreten Punkten. Der erste Punkt, das Sicherheitskonzept. Das Sicherheitskonzept ist für mich, wie es in dem Albright-Bericht diskutiert wird, erstaunlich traditionell. Es geht eigentlich nur um militärische Bedrohungen. Etwa wenn man sich anguckt, was da als die drei wesentlichen Bedrohungen für die Alliierten in den nächsten zehn Jahren genannt wird, dann ist es erstens ein Raketenangriff durch den Iran, zweitens Angriffe internationaler terroristischer Gruppen und drittens ein Cyber-Angriff mit unterschiedlicher Intensität. Ich denke damit hält zumindest dieses Albright-Papier deutlich hinter dem zurück, was in der deutschen Sicherheitsstrategie steht oder etwa auch, was in der nationalen Sicherheitsstrategie der Amerikaner aus diesem Jahr steht, wo deutlich darauf hingewiesen wird, dass dieses zwar wichtige Bedrohungen sind, aber Bedrohungen, bei denen insbesondere militärische Fragen eine Rolle spielen, aber dass man damit auch andere Bedrohung wie etwa Wirtschaftsfrieden oder auch Klimawandel, Ressourcen-Verknappung nicht vergessen darf; und damit dann auch eine Bilanz herstellen kann zwischen militärischen und anderen Bedrohungen.

Zweiter Punkt: In dem Albright-Papier wird die Raketenabwehr als eine essentielle Mission der NATO bezeichnet. Essentiell heißt ja: das Ganze begründet. Und ich glaube, dass das eine deutliche Überbewertung dessen ist, was in den nächsten zehn Jahren in Bezug auf Iran und Raketenabwehr wirklich an Bedrohung vorliegen wird. Die Gefahr besteht, dass hier, um möglicherweise innenpolitischen, industriepolitischen Interessen in den USA zu dienen, die NATO sich auch für etwas einsetzt, was nicht in ihrem Interessen liegt. Dass hier möglicherweise dann - zunächst wird ja gesagt: es wird ja nicht viel kosten – große Beschaffungsprojekte begründet werden, deren tatsächlicher Nutzen bestenfalls gering ist, die möglicherweise aber auch schädlich sind, wenn dadurch etwa Russland sich bedroht fühlt, was momentan übertrieben wäre, aber was bei einem Ausbau dieses Raketensystems durchaus relevant wäre.

Dritter Punkt: Einsatz von Streitkräften für Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes. In dem Albright-Papier, was ich als Grundlage kenne, wird eine Passage gebracht, die ich für richtig halte. Da heißt es nämlich: Die NATO ist eine regionale und keine globale Organisation. Die Autorität und Ressourcen der NATO sind begrenzt und sie hat keine Absicht, Missionen durchzuführen, die andere Institutionen oder Länder besser umsetzen können. Daraus kann aber nicht für mich folgen, dass die NATO sich ganz zurückzieht aus Missionen außerhalb des NATO-Gebietes. Ich denke, dass das, was auch in Art. 7 des NATO-Vertrages festgeschrieben ist, dass die NATO im Auftrag der Vereinten Nationen tätig werden kann, weiterhin eine wichtige Aufgabe bleibt und bleiben muss. Denn auch wenn es natürlich optimal ist, wenn die Vereinten Nationen das umsetzen, was im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossen wird, etwa um humanitäre Katastrophen zu verhindern oder Völkermord zu verhindern, dann wird das doch in der Realität häufig nicht möglich sein, das durch die Vereinten Nationen organisieren zu lassen. Und da muss die NATO sich dazu bekennen, dann auch bereitzustehen, um solche Maßnahmen durchzuführen, mit dem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Dazu steht in dem Albright-Papier nichts. Das ist sicherlich auch eine Frage des Grundkonsenses, dass manche Alliierte hier nicht mitziehen wollten oder einige Alliierte gesagt haben, das muss auch über die Mandatierung durch den Sicherheitsrat hinaus gehen. Aber ich denke, es wäre ein Fehler, wenn die NATO diesen Punkt, der ja im 99er Konzept eine große Rolle gespielt hat, gar nicht ansprechen würde.

Viertens, zur Verbesserung der Effizienzsteigerung. Ich denke, da ist vor allen Dingen eine Vorbemerkung wichtig, nämlich dass dieses Thema auf einem extrem hohen Niveau an Ressourcen-Verbrauch diskutiert wird. Ich habe in meiner Stellungnahme einmal ein paar Zahlen zusammen gesucht, welchen Anteil die NATO an den weltweiten Militärausgaben hat. Wie hoch der Anteil der NATO-Mitgliedsstaaten an den weltweiten Rüstungsbeschaffungen ist, wie hoch der Anteil der NATO-Mitgliedstaaten an den militärischen Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist: jeweils über zwei Drittel der globalen Ausgaben. Das heißt, wir müssen uns klar sein, dass, wenn wir über Effizienzsteigerung reden, es vor allen Dingen darauf ankommen muss, wirklich effizienter zu werden mit geringerem Ressourcen-Verbrauch. Und hier hat die NATO in der Tat auch - glaube ich - einiges an Möglichkeiten. Wobei wir darauf achten müssen, dass die NATO nicht das beste Forum ist, um jetzt etwa Rüstungsbeschaffung zu koordinieren und besser zu gestalten. Denn da ist das Übergewicht der USA so stark, dass ich glaube, dass da ein europäischer Ansatz besser ist als ein transatlantischer.

Zum letzten Punkt: Outreach. Ich denke, dass das, was vorher zu Russland gesagt wurde, von großer Bedeutung ist für die Zukunft der NATO. Ich würde mich denjenigen anschließen, die sagen, es muss sowohl mit Russland als auch vor Russland Sicherheit geschaffen werden. Wir können nicht nur ein System haben, in dem wir die Probleme, die natürlich auch ein großes Russland bereiten kann, ignorieren. Andererseits kann es in Europa keine Sicherheit ohne Russland geben. Das Problem ist dann darüber hinaus auch, dass das natürlich mit den anderen Partnerschaften eine Konfliktsituation schafft. Wir sind im Moment - und das ist, glaube ich, ein Defizit im NATO-Outreach-Programm - desorganisiert. Wir wissen nicht, wie wir mit den verschiedenen Staaten, die in dem Outreach-Programm drin, sind umgehen sollen. Hier bedarf es neuer konzeptionellen Ideen auch hinsichtlich einer institutionellen Absicherung. Denn es gibt im Moment in der NATO, soweit ich das überblicke, keinen Ort, in dem wirklich die gesamten Outreach-Programme der NATO koordiniert und umgesetzt werden können.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Damit sind wir mit den Zusammenfassungen und nochmaligen Gewichtigungen dessen, was wir schriftlich bekommen haben, durch. Ich bedanke mich auch, dass Sie das alle geschafft haben, in den zeitlichen Vorgaben zu bleiben. Wir kommen jetzt zu der Aussprache und Fragerunde. Als erstes hat sich Herr Kiesewetter gemeldet.

Abg. Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich darf auch im Namen meiner Fraktion herzlich danke sagen für die ausführlichen Stellungnahmen und auch die Papiere, die Sie uns gegeben haben. Gleichwohl habe ich Fragen zu fünf Bereichen und ich hoffe, dass ich sie rasch unterbringe.

Zum Einen: Wir haben sehr stark über Bedrohungen und Interessen gesprochen. Der Albright-Bericht geht auch deutlich darauf ein. Wir sprechen aber so gut wie gar nicht über Werte. Sehen Sie die Notwendigkeit oder sehen Sie die Werte an sich, die für die NATO so selbstverständlich sind, dass sie in dem Strategischen Konzept nicht weiterer Betonung bedürfen? Oder gibt es da Nachbesserungsbedarf, insbesondere aufgrund der Nachbereitung der Erweiterung?

Der zweite Punkt: Wenn wir über den zivilen Arm der NATO sprechen, kann es einerseits am Defizit liegen. Dass die NATO dies aufgrund der Einsätze in Afghanistan erkannt hat, kann auch daran liegen, dass es in der NATO-EU-Zusammenarbeit Schwierigkeiten gibt. Ich sehe da schon die Gefahr einer gewissen Duplizierung. Welche Kriterien sehen Sie für einen zivilen Arm der NATO? Ich möchte einen Aspekt einführen: Die NATO-Kommandostruktur umfasst derzeit 13.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon sind etwa 10.500 Stellen befüllt. In den neuen Überlegungen der NATO-Kommandostruktur spricht man vielleicht

von 8.500 Angehörigen/Mitarbeitern in der NATO-Kommandostruktur. Wenn wir jetzt über den Aufbau von zivilen Fähigkeiten sprechen und dazu noch Cyber-Defense als integrierte Struktur mit aufgebaut werden soll: Passt das überhaupt in die Reform-Überlegungen der NATO-Größe oder gibt es dann tatsächlich eine komplett neue Schüttelung, Reduzierung des militärischen, Aufbau des Zivilen?

Dritter Punkt: Zusammenarbeit EU-NATO. Das Ganze gipfelt ja letztlich immer wieder in dem Thema Zusammenarbeit Türkei-Zypern. Das lähmt den EU-Militärstab, der nicht mehr auf NATO Intelligence zurückgreifen kann und umgekehrt. Müsste nicht das NATO-Strategische Konzept sich viel gezielter mit einer Aufweichung der verhärtenden Faktoren kümmern, sprich: diplomatische Begleitmöglichkeiten eröffnen und vielleicht auch diesbezüglich klare Aussagen in Sachen dieses potenziellen Konfliktes treffen?

Vierter Punkt: Zusammenarbeit mit Russland. Hier haben wir viel darüber gesprochen, und Professor Gießmann hat das ja gerade auch sehr deutlich angesprochen, wie auch Herr Dr. Kamp. Sollte die NATO im NATO-Russland-Rat, über den wir noch nicht gesprochen haben, gezielt für mehr Transparenz mit Russland sorgen? Sollte der NATO-Russland-Rat so etwas wie ein Abrüstungsforum werden oder überziehen wir da die NATO, die ja eigentlich keine Abrüstungsorganisation ist? So meine konkrete Frage: Wie kann der NATO-Russland-Rat belebt werden? Wäre Abrüstung aus Ihrer Sicht ein entsprechendes Thema?

Ein Letztes: Blicken wir mal voraus - das alte NATO-Strategische Konzept hat seit 1999 getragen, dieses wird sicherlich auch die nächsten zehn Jahre halten müssen. Wir haben jetzt mit dem Lissabon-Vertrag eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Wir werden Ende des Jahres das neue NATO-Strategische Konzept haben. Was bedeutete das für uns als Bundesrepublik Deutschland? Sollten wir daraus folgernd - der Blick geht jetzt über das NATO-Strategische Konzept hinaus - Elemente einer deutschen Sicherheitsstrategie entwickeln, haben wir die Notwendigkeit, jetzt unsere eigenen Bereiche wie Weißbuch und einige andere Dachdokumente anzupassen? Brauchen wir, was unsere eigenen sicherheitspolitischen Interessen angeht, auch in der Abstimmung zwischen den Ressorts, dann auch eine entsprechende Neuausrichtung? Wenn Sie das so sehen, sehe ich da durchaus auch einen Handlungsauftrag für uns Abgeordnete, sich hier Gedanken zu machen. Es ist zwar einerseits Sache der Exekutive; da wir aber den Parlamentsvorbehalt bei den Streitkräfte-Einsätzen haben und uns auch sonst intensiv mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, wäre ich hier für einen Rat aus Ihrer Sicht sehr dankbar. Herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Ich darf darauf hinweisen, wir werden jetzt eine Runde durch die Fraktionen machen und dann bekommen Sie Gelegenheit zum Antworten. Herr Dr. Mützenich.

Dr. Rolf Mützenich (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich wollte mich auch für die SPD-Fraktion bei allen Gutachtern bedanken, auch für Ihre schriftlichen und mündlichen Ausführungen. Ich weiß nicht, Herr Vorsitzender, wie Sie sich das gedacht haben, ob ich sozusagen auch gezielt frage; wenn jeder auf alle Fragen antwortet, dann werden wir 18 Uhr wahrscheinlich schon gar nicht mehr einhalten. Aber vielleicht kann man ja das ein bisschen aufteilen, ich werde es zumindest aus meiner Sicht ganz kurz versuchen.

Ich glaube, wenn ich das richtig sehe, sind ja alle auch der Meinung - und das ist auch bei mir der Fall -, dass die Widersprüche, unabhängig davon, wie das Strategische Konzept zum Schluss aussehen und beschlossen wird, wahrscheinlich auch bleiben werden, allein aufgrund der unterschiedlichen Wahrnehmungen und auch Größen und Traditionen und Geschichte etc. Aber ich will einfach versuchen, in drei, vier Punkten konzentrierter nochmal nachzufragen. Einige der Gutachter hatten ja auf die Bindung des internationalen Rechts hingewiesen. Und das finde ich auch wirklich sehr wichtig, dass sich auch ein

Verteidigungsbündnis, eine Militärorganisation oder egal, wie man es sozusagen begrifflich fasst, an internationales Recht bindet. In dem Zusammenhang, finde ich, sollte man aber nicht nur das Postulat äußern, sondern auch ganz konkret nochmal nachfragen, wie denn die Bindung an internationale Recht ausgestaltet werden könnte. Das ist für mich z.B. wichtig. Wir haben auf der einen Seite die Charta der Vereinten Nationen, aber auch eine Fortentwicklung von anderen Fragen des internationalen Rechts. Und da hätte ich gerne vielleicht die eine oder andere Empfehlung von Ihrer Seite.

Zweitens: Herr Kamp hatte darauf hingewiesen, dass es mit Sicherheit nicht zu einer Übereinstimmung kommen wird, vielleicht auch die deutsche Position nicht die Mehrheit findet, eine Strategische Partnerschaft, egal wie man sie nennt, zu Russland zu finden. Dennoch hat sich die NATO dazu entschlossen, wenn ich das richtig verstanden habe, mit Russland enger zusammenzuarbeiten und insbesondere die Defizite, die sich aufgrund von Konflikten erhoben hatten, zumindest in Zukunft zu bedenken. Und da ganz gezielt auch meine Frage, Herr Dembinski hatte darauf hingewiesen: Welche Funktionen und auch Möglichkeiten könnte man dann vielleicht unterhalb einer Mitgliedschaft dem NATO-Russland-Rat oder Russland unmittelbar einräumen, um sozusagen auch stärker in den Willensbildungsprozess der NATO zu gelangen? Also müssen wir auch dem NATO-Russland-Rat Befugnisse künftig überantworten und dann auch innerhalb der NATO eine solche Entscheidung respektieren.

Dritte Frage - und da hat Herr Kiesewetter auch darauf hingewiesen-; man kann sich ja fragen, passt überhaupt Rüstungskontrolle in ein Verteidigungsbündnis, soll es diese Aufgaben wahrnehmen? Einmal unabhängig davon, finde ich es schon wichtig, wenn man auch die NATO damit konfrontiert. Ich glaube, da gibt es auch keine Streitpunkte. Aber, Herr Kamp, Sie hatten z.B. darauf hingewiesen, dass Russland die taktischen Atomwaffen auf seiner Seite damit begründet, dass es eben befürchtet, dass die NATO weiterhin über eine Vielzahl von konventionellen Fähigkeiten verfügt. Wäre es dann vielleicht nicht der richtige Weg, auch innerhalb der NATO dafür zu werben, dass es eine Verknüpfung zwischen beiden Aspekten gibt oder zumindest gerade noch im konventionellen Bereich - was ich sehr wichtig finde - auch zu weiteren Abrüstungs- und Rüstungskontrollschritten in Europa zu kommen? Und wäre das nicht auch eine Zielaufgabe der NATO und der NATO-Diskussion, insbesondere auch dann wieder mit Russland, wo wir eben über den anderen Punkt gesprochen haben?

Und zum Schluss - das hatte mich ein bisschen überrascht -: Ich war immer davon ausgegangen, dass in Lissabon möglicherweise ein endgültiger Beschluss zur Raketenabwehr gefasst werden soll. Sie sprachen zumindest davon, dass es vielleicht doch noch mal einem weiteren Auftrag zur Überprüfung dieser Frage gibt. Aber unabhängig davon: Wäre es denn nicht vielleicht auch an der Zeit, die Raketenabwehr auch zum Bestandteil wieder der rüstungskontrollpolitischen Agenda zu machen? Werden wir also kurzum nicht nur durch das Angebot an Russland zu einer kooperativen Raketenabwehr, sondern vielmehr, indem wir ihnen die Bedrohungsängste durch Rüstungskontrollgespräche nehmen, vielleicht in einer Situation, das Raketenabwehr-Thema etwas weniger kritisch für die Zukunft zu diskutieren? Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Stinner.

Dr. Rainer Stinner (FDP): Vielen Dank. Auch ich möchte im Namen der FDP-Fraktion Ihnen ganz herzlich danken. Auch für diejenigen, die - so wie ich - sich intensiv seit geraumer Zeit mit dem Konzept beschäftigen, waren Ihre Ausführungen sowohl schriftlich als auch mündlich durchaus auch noch eine Ergänzung; und ganz herzlichen Dank dafür. In der unglücklichen Situation, in der wir nun einmal sind - in der sind wir und Sie ja in einem Boot. Ich möchte zunächst einleitend sehr deutlich sagen, dass das Albright-Papier kein

Entwurf für ein NATO-Konzept ist. Ausdrücklich nicht. Diese Albright-Kommission hat sich ausdrücklich und zu Recht nicht verstanden als Designer dieses Konzeptes, sondern es ist eine „wise men“ oder unter der Führung einer Frau eine „wise women group“ gewesen, die ein ganzes Konvolut von Ausprägungen getrieben hat. Deshalb ist es auch nicht so präzise, sondern lässt eben Ausprägungsmöglichkeiten dort zu. Und es ist jetzt Aufgabe von Herrn Rasmussen und der NATO, jeweils die Präzisierung der einzelnen Elemente hier zu bringen.

Lassen Sie mich auf einige Aspekte eingehen. Das eine, was diskutiert wird - und da hätte ich gerne Ihre fachmännische Meinung dazu -: Es gäbe ein „trade-off“ zwischen dem Niveau der nuklearen Abschreckung und der Notwendigkeit, „missile defense“ zu haben. Auf Deutsch: Wenn ich das Niveau der nuklearen Abschreckung der NATO senke, dann ist es sinnvoll, mehr Missile Defense zu haben. Und umgekehrt, wenn ich das Niveau der Abschreckung ganz hoch lasse, dann brauche ich eigentlich keine „Missile Defense“. Ich sage, Sie verstehen diesen „trade-off“. Ich würde gerne Ihre Meinung dazu haben, ob da ein innerer Zusammenhang besteht.

Zweitens: Es ist völlig richtig, dass die NATO Bedrohungen definiert. Aber wir dürfen - und das sollte die NATO auch nicht tun - nicht den Fehler machen, dass zwischen der Feststellung einer Bedrohung und Festlegung, wer denn ggfs. für die Abwendung dieser Bedrohung zuständig ist, einen zu engen Kontext machen. Ich will das aus meiner Sicht - da mache ich aus meiner Meinung überhaupt keinen Hehl - am Beispiel Cyber erläutern. Völlig zu Recht und gerade nach den neusten Dingen, die die ganze Welt alarmiert hat, ist eine Cyber-Attacke eine Bedrohung. Und völlig zu Recht sage ich auch, dass die Bundeswehr dafür da ist, ihre eigene militärische Infrastruktur zu schützen. Aber ich kann überhaupt nicht erkennen, dass das Instrument, was wir im Rahmen der NATO haben - die NATO ist ein politisches Bündnis mit militärischen Instrumenten -, dass wir dieses Instrument Bundeswehr haben, automatisch verwenden sollten, um die Abwehr möglicher Cyber-Attacken zu nehmen. Das ist für mich überhaupt nicht gegeben, dieser Kontext. Ich würde sogar, ohne dass ich mich darin vertieft habe, davor warnen, das so zu tun. Ich würde im Zweifel sagen: Angenommen, es gäbe eine Cyber-Attacke ganz gezielt auf die deutsche Automobil-Industrie, damit die Bänder still stehen, dann würde ich nicht sehen, dass BMW, Daimler Benz, Audi und Porsche, wie sie alle heißen, dann sagen, das soll jetzt die Bundeswehr lösen.

Zweites Thema: Ich sage sehr, sehr deutlich, dass ich von einer Verbindung zwischen Cyber Attac und einem Automatismus von Art. 5 überhaupt nichts halte. Was wir bisher von möglichen Cyber Attacs sehen, ist so, dass sie sehr komplex sind, dass sie zum Teil kaum aufspürbar sind, dass da ein Server steht in Honolulu und einer in Afrika, ein dritter steht in Australien. Der Software-Mensch sitzt wo auch immer. Und wir wissen auch gar nicht genau, wo das Ziel ist. Und jetzt daraus eine Art. 5-Operation abzuleiten, halte ich nahezu für abenteuerlich. Da möchte ich aber sagen, das ist meine persönliche Meinung und ich kann nur hoffen, dass sich diese meine Meinung im NATO-Konzept auch widerspiegelt.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt angeben. Sowohl im Albright-Papier als auch in der Diskussion in der vergangenen Zeit ist ganz wenig über NATO-Instrumente gesprochen worden. Die NATO hat zwei Instrumente, eins funktioniert, das andere funktioniert nicht. Was funktioniert, ist AWACS, es funktioniert leise vor sich hin, aber es funktioniert – ein NATO-Instrument. Was nicht funktioniert - und da bin ich auch sehr, sehr deutlich -, ist NRF. Funktioniert überhaupt nicht. Und die NATO hatte in ihren letzten Äußerungen camouffierend so getan, als gehe es um eine Adjustierung des NRF-Konzeptes. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen, es ist ein Scherbenhaufen. Wir müssen NRF völlig neu bedenken, weil die NRF in der bisherigen Komposition jedenfalls nicht durchführbar gewesen ist, aus verschiedenen Gründen, die wir heute ja vielleicht nicht zu Ende diskutieren

können. Meine Frage an Sie als Experten: Braucht die NATO Instrumente? Welche braucht sie und sollte das sich in dem Strategischen Konzept wiederfinden? Schönen Dank.

Der Vorsitzende: Herr Gehrcke.

Abg. Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE.): Auch für die Fraktion DIE LINKE. erst mal Dank an unsere eingeladenen Gäste für ihre Expertisen. Wenn ich das richtig überblicke, jetzt auf die letzten zehn Jahre, ist es das erste Mal, das im Deutschen Bundestag von einem Ausschuss eine Anhörung zur NATO-Frage gemacht wird. Das werte ich erst mal als einen Fortschritt auf dem Wege. Ich will mich jetzt auch nicht daran aufhalten, was man möglicherweise im Konzept wiederfindet oder was man nicht wiederfindet. Die Bezeichnung "kurz", so dass viele es gesehen haben oder einige es als positiv einschätzen, hat ja keine Substanz zu den Inhalten. Ich möchte ein paar Fragen aufwerfen, die vielleicht nicht so allgemein debattiert werden. Ich finde, eine intelligente Organisation - und als solche habe ich die NATO immer betrachtet - denkt auch über ihre eigene Abschaffung nach. Zumindest philosophisch. Sie kann es verwerfen, aber darüber nachdenken ist ja nicht strafbar und nicht schädlich, wenn man es auf den Kern bringt. Die eigentliche Aufgabe der NATO wäre es doch, wenn sie ihre Charta ernst nimmt, irgendwann festzustellen, dass der Grund, aus dem sie gegründet worden ist, sich erledigt und damit sich ihre eigene Existenz aufgehoben hat. Ich finde, dieses Nachdenken darf man sich selbst nicht verbieten, und da muss man ein paar Türen aufmachen. Mein Eindruck war, in den Vorträgen sind ein paar Türen aufgemacht worden.

Für mich die erste Frage: Professor Gießmann hat unterschieden zwischen Risiken und Bedrohungen. Ich weiß nicht, ob das Allgemeingut ist. Ich finde, in der Tat lohnt es sich, über Risiken immer wieder neu nachzudenken und nachzuprüfen, welche Risiken einer militärischen Antwort bedürfen und welche Risiken durch eine militärische Antwort nur verstärkt werden. Es sind ja eine Reihe Risiken genannt worden. Risiken wie - da braucht man ja nur ins Weißbuch reinschauen - Wanderungsbewegungen, Fluchtbewegungen. Bedürfen die einer militärischen Antwort? Risiken wie Klima- und Umweltkatastrophen, mit Blick nur auf Pakistan etc., bedürfen die einer militärischen Antwort? Wie kann die aussehen? Cyber-Attacken haben Sie angesprochen, Kollege Stinner. Bedürfen die einer militärischen Antwort?

Ich will zu den Bedrohungsrisiken eine weitere Kategorie mal ansprechen, die ich für sehr explosiv halte. Das ist die Frage der globalen sozialen Ungerechtigkeit, die aus meiner Sicht auf keinen Fall einer militärischen Antwort bedarf. Aber wer glaubt, die Ungerechtigkeit in der Welt zu Gunsten des Nordens so aufrecht zu erhalten, der täuscht sich ungeheuer. Das heißt, welche Antworten auf die realen Risiken der Welt von heute können militärisch gegeben werden und welche nicht. Ich finde, das muss man für eine Strategie unbedingt überlegen.

Das zweite, worüber ich gerne gemeinsam nachdenken würde, wäre die Unterscheidung, was bei dem NATO Gipfel jetzt in Lissabon der Innenpolitik wichtiger NATO-Staaten geschuldet ist und was wirklich NATO-Fragen sind. Wir sehen ja die Zuspitzung in den USA. Mir ist immer angeraten worden, die USA nicht zu stark an der Atomfrage anzugreifen, weil das Neue unter Obama nicht nur seine Vision ist, sondern dass die USA offensichtlich nicht auf Entwicklungen neuer Atomwaffentechniken setzen, dafür aber erwarten, dass die jetzigen Techniken erhalten bleiben. Das wird ja bereits als Fortschritt eingeordnet. Was ist der amerikanischen Innenpolitik geschuldet? Wir setzen uns alle mit Tea-Party und solchen Sachen auseinander. Was ist der deutschen Innenpolitik geschuldet? Weil die NATO-Debatte mit der Bundeswehr-Debatte und damit auch konzeptionellen Auseinandersetzungen auf diesem Feld zusammenfällt. Was ist der russischen Innenpolitik geschuldet? Das ist ja auch ein Feld, was man nicht so einfach beiseite schieben kann. Ich finde, es sollte uns ja allen zu denken geben: Das frischeste, was ich in letzter Zeit zum

Verhältnis NATO-Russland gelesen habe, ist von Volker Rühle und General Naumann; nämlich der sehr couragierte Vorstoß von Volker Rühle, dass Russland Mitglied der NATO werden und die NATO sich öffnen sollte. Ich habe immer gesagt, das ist ein besonders gerissener Vorschlag, um die NATO zu erledigen. Das kann man ja so oder so sehen - es ist nicht meine Konzeption. Aber immerhin wird hier ein Debatten-Rahmen gesprengt. Das sollte auch in parlamentarischen Debatten unsererseits ein bisschen forscher zur Sache gehen.

Drittens, worüber ich neu nachdenken will, ist der Zusammenhang zwischen nationalen Souveränitätsrechten und Rechten, die man in ein Bündnis abzieht. Soll in der Tat die NATO darüber entscheiden, ob die US-Atomwaffen in Deutschland stationiert oder nicht stationiert bleiben? Oder muss das nicht in die Souveränität z.B. dieses Parlamentes zurückkehren? Ich habe in einem der Vorträge bemerkt - ich glaube, von Herrn Dembinski von der Hessischen Friedensforschung war das -: Sie sprachen von einseitiger Abrüstung. Das finde ich auch mal einen frischen Gedanken. Muss man immer darauf warten, bis alle anderen sich zu etwas entschlossen haben oder kann man durch einseitige Entscheidungen nicht andere auch in einen Zugzwang bringen?

Zum Schluss, um das nicht zu verlängern, was wir alle nicht beantworten können: Mich würde auch interessieren, ob im neuen Strategischen Konzept ein paar Verfahrensregeln einfach auftauchen. Es war ja immer das Gerücht, dass offensichtlich an dem Konsens-Verfahren der NATO gearbeitet wird. Ich weiß nicht, ob das der Fall ist. Ob man tatsächlich zu einer abgestimmten Konsensregelung kommt, kann ich nicht beantworten, halte ich nicht für unwichtig. Und ich würde auch mal ganz gerne wissen, ob endlich ein Verfahren des Umgangs mit Art. 5 festgelegt wird. Es war klar, der Art. 5 ist verhängt worden. Wie wird er dann wieder aufgehoben innerhalb der NATO, der Bündnisfall? Solche Fragen müssen debattiert werden und auch, welche Rechte nationale Parlamente dazu haben, wenn man nicht auch in diesem Prozess den Prozess der Enddemokratisierung hinnehmen will. Es ist ein Einstieg in die Debatte, aber es ist nicht das Ende der Debatte, zumindest im Bundestag. Ich gehe mit Sicherheit davon aus, dass die Fraktionen dem Plenum Vorschläge dazu machen werden. Dann werden wir die Debatte in der großen Runde führen. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Gehrcke. Sie haben vorhin einen wichtigen Satz gesagt: „Jede intelligente Organisation denkt über ihr eigene Abschaffung nach.“ Aber damit haben Sie nicht die Parteien gemeint, oder? Herr Schmidt.

Abg. Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE.): Ich habe Ihre Ironie verstanden, Herr Vorsitzender, und ich bedanke mich sehr, dass Sie meine Partei als intelligente Partei betrachten.

Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So viele Fragen und so viele Spekulationen auch. Ich danke auch erst mal für die Einführung und die Papiere, die Sie uns gegeben haben. Das ist in vielerlei Hinsicht aufschlussreich. Ich komme da auch noch gleich darauf zurück. Ich möchte mich auf drei Fragenkomplexe konzentrieren. Insbesondere zu Russland sind hier in der ersten Runde die notwendigen Fragen auch aus meiner Sicht gestellt worden. Deswegen kann ich mich auf drei weitere Bereiche konzentrieren.

Der erste Bereich: Die Nuklear-Frage, die Frage der atomaren Strategie; dazu habe ich eine ganz allgemeine Frage an Sie nach Ihrer Einschätzung. Es gibt die Global Zero-Initiative von Präsident Obama. Meine Frage ist: Wenn Sie die bisherigen Debatten beurteilen - oder Herr Kamp kennt ja auch schon Entwürfe -, wie groß ist denn vermutlich der politische Abdruck, den Präsident Obama mit der Global Zero-Initiative in dieser NATO-Debatte hinterlassen wird? Ist das rein deklamatorisch oder erkennen Sie irgendeinen Punkt, wo Sie sagen, hier kommt in der Frage der nuklearen Abschreckung, der Überlegung Erstschlag-Strategie, Bewegung auf im Lichte dieser Initiative? Oder haben wir auf der einen Seite die NATO-Strategie, die im Kern in der Überlegung der Nuklearstrategie so bleibt, wie sie immer war, und auf der anderen Seite die Deklamation der US-Administration, und dazwischen

gibt es keine Brücke? Das ist der Eindruck, der entstehen kann. Mich würde sehr interessieren: Gibt es da für Sie erkennbare Punkte, wo Bewegung ist?

Das Zweite: Die ganze Debatte über die Sicherung von Ressourcen und Wirtschaftsinteressen nochmal zugespitzt. Herr Kamp bezieht ja auf Seite 1 in seinem Papier ausdrücklich auf den Strategie-Entwurf. Er schreibt (Zitat): „Der aktuelle Strategie-Entwurf argumentiert ähnlich der Group of Experts-Report, also dem Albright-Report, enthält aber explizit Aussagen zu Fragen der Energiesicherheit.“ Da bin ich natürlich sehr hellhörig geworden, weil das natürlich eine Schlüsselfrage internationaler Politik ist. Wo wir sagen, das ist ja eigentlich ein ureigenster Bereich der Vereinten Nationen, kooperative Lösungen herbeizuführen. Und deswegen - wenn Sie da bestimmte Erkenntnisse haben, wie die Debatte weiter verläuft - würde mich schon interessieren, wie können denn dann möglicherweise von Seiten der NATO Aufgaben im Bereich Energiesicherheit, Ressourcensicherheit, Wirtschaftsinteressen gesichert - das ist ja ein gemeinsamer Komplex -, definiert werden? Welchen Stellenwert hat das in der neuen Strategie nach Ihrer bisherigen Erkenntnis und wie ist das Verhältnis zu den Vereinten Nationen? Gibt es da eine klare Anerkennung des Primates der Vereinten Nationen und - Herr Brzoska hat es ja angesprochen -, wie ist da die Frage zur Mandatierung durch die Vereinten Nationen oder die Frage eben, Agieren auch ohne Mandatierung?

Wenn man über Energiesicherheit spricht, ist das ja durchaus der globale Rahmen. Das finde ich eine spannende und zentrale Frage und das würde ich dann gerade auch Sie fragen, Herr Kamp, weil Sie da ja etwas mehr wissen als andere. Aber es geht natürlich auch an alle anderen.

Und dann als dritter Bereich der sogenannte Cyber War, wo ja gesagt wird, das ist die zentrale neue konventionelle Bedrohung. Herr Kaim hat es angesprochen. Es steht ja in seinem Beitrag auch. Da ist die Frage, soll da Art. 5 wirksam werden? Was muss man sich darunter vorstellen? Wie hat man sich das vorzustellen? Und ganz zentral natürlich die Frage der Vermischung von ziviler und militärischer Infrastruktur, wenn Sie sich überlegen, welche zentrale Bedeutung die elektronische Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land hat. Bei uns ist für den Schutz dieser Infrastruktur bisher der Innenminister zuständig. Dann weiß man, was das bedeutet, wenn hier eine Eingrenzung des Militärischen in Bezug auch auf polizeiliche Aufgaben stattfindet. Das ist eine neue Qualität, die unser Grundverständnis von Gewaltenteilung in einer modernen Demokratie in den Grundfesten, wirklich in den Grundfesten, in Frage stellt. Auch hier meine Frage: Es gibt ja schon Praxis - seit Mai nach meiner Kenntnis -, ein Strategisches Cyber-Oberkommando der USA in Ford Meade, die ja gewissermaßen die Vorgaben machen, in dem man überlegt. Die Bundeswehr hat ja im letzten Jahr immerhin eine entsprechende Abteilung eingerichtet im Kommando Strategische Aufklärung. Also auch vor diesem Hintergrund, wie verläuft da die Debatte? Wenn Sie den Strategie-Entwurf noch nicht kennen, Herr Stinner hat es ja an Beispielen sehr deutlich gemacht, wie definiert man da den Verteidigungsfall und wer ist da eigentlich zuständig? Und wir alle haben ja auch die Diskussion über Stuxnet verfolgt, wo man sich ja fragt, wie offensiv der Cyber War sozusagen durchaus von Seiten des Westens eigentlich schon stattfindet. Wir glauben doch immer, wir könnten darüber diskutieren. Wird er überhaupt Bestandteil der Strategie und wie kontrollieren wir ihn? Vielleicht findet er ja schon statt, das ist ja eine Vermutung, die aufkommt. Also vor diesem Hintergrund, wie sehen Sie das? Und vor allen Dingen wäre das ja eine Frage der präventiven Rüstungskontrolle, wie im Bereich der BNC-Waffen auch. Das ist ein so zentraler Bereich unserer Gesellschaft und das muss eigentlich militärisch eine no-go-area sein. Da müsste man ja eigentlich über Konventionen nachdenken, wie wir das im Bereich der Chemie- und der biologischen Waffen auch haben. Und wir müssten es thematisieren als Bestandteil präventiver Rüstungskontrolle. Mir ist aufgefallen, dass niemand von Ihnen das auch nur in diesem Zusammenhang thematisiert hat. Da würde ich die Frage stellen, warum eigentlich nicht? Danke.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Lamers.

Abg. Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich möchte meinen Fokus auch ganz kurz auf den Aspekt des Cyber-Attac richten. Wir alle wissen, Art. 5 ist sicher Hardcore des Strategischen Konzepts der NATO und wird es auch in Zukunft bleiben. Bisher war es ja so, dass, wenn fundamentale Sicherheitsinteressen z.B. durch militärische Angriffe berührt sind, dass dann die Solidaritätsverpflichtung des Art. 5 griff. Jetzt wissen wir, die Zeiten ändern sich, auch die Bedrohungen und Risiken ändern sich und immer mehr kommt in den Fokus: Angriffe auf Energie-Infrastruktur, Angriffe auf Transit-Areas, aber auch Angriffe im Wege von Cyber Attac. Nun hat ja Herr Stinner Angriffe auf die Automobil-Industrie angesprochen. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass es im Sinne von Cyber Attac Angriffe auf essentielle Institutionen und Einrichtungen eines Staates gibt. Ich denke an den Bereich Elektrizität, ich denke an den Bereich Wasser, die die Sicherheitsinteressen eines Landes fundamental berühren. Und deswegen meine Frage: Ist es denkbar, dass wir über Art. 4 - den haben wir heute noch gar nicht genannt, also Auslösung eines Konsultationsmechanismus in einem solchen Fall – dann zu Art. 5 kommen, wenn wirklich auf diesem Wege fundamentale Sicherheitsinteressen eines Bündnispartners berührt sind? Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Frau Zapf.

Abg. Uta Zapf (SPD): Ich würde gerne da anschließen, was der Kollege eben gesagt hat. Wenn in einer solchen Strategie ein Satz stünde, Cyber Operation Capabilities sollten hergestellt werden, und wenn ein Satz steht, Cyber Operational Capabilities - das habe ich aus dem Briefing, was wir bekommen haben, mir so notiert -, was bedeutet das denn? Operation wäre genau Handlungsfähigkeit. Wir haben jetzt bisher von Schutz gesprochen, das, denke ich, ist ein ganz normaler Vorgang, und der zivile Schutz müsste natürlich zivil gewährleistet sein. Aber nochmal dann die Frage nach Kapitel 5.

Das zweite ist, wenn in einem solchen Entwurf drin stünde, dass Crisis Management Capabilities beyond NATO borders aufgebaut werden sollen. Was verstehe ich darunter? Und was bedeutet es zum Beispiel für die Kooperation mit anderen Organisationen oder mit bestehenden Strukturen, wenn man davon spricht, small Civilian Crisis Management Capabilities selber aufzubauen, und was hat das für Folgen auf andere Prozesse, wie sie z.B. in der OSZE im Moment diskutiert werden im Rahmen des Korfu-Prozesses?

Dritte Frage, wenn ein solches Konzept die Aussage enthält, man wolle weniger Abhängigkeit von Nuklear-Waffen haben und trotzdem auf dem Mix besteht. Was bedeutet das dann in dem Bereich a) der Abrüstung oder b) der Aufrüstung, um die entsprechenden Abschreckungskapazitäten weniger abhängig zu machen von Nuklear-Waffen? Und was bedeutet es für die nukleare Abrüstung innerhalb der NATO? Weil andererseits wiederum gesagt wird, man verlässt sich sowohl auf die US-Nuklearwaffen als auch auf die von Großbritannien und die von Frankreich. Wird damit das Prinzip Global Zero konterkariert? Welche Perspektive sollte auch ein solches Konzept in Bezug auf die ganze Frage KSE, AKSE oder zukünftige Sicherheitsstrukturen, die auch vertraglich festgemacht werden, annehmen?

Und nächster Punkt: Was bedeutet eine open door policy, wenn man dabei ausdrücklich zwei Länder nennt, die rote Tücher sind für den gewünschten Kooperationspartner Russland? Sollte man nicht der eigenen Regierung raten, in den Beratungen die Formulierungen etwas abzuschwächen oder ganz raus zu lassen? Und was bedeutet es, wenn in einem solchen Konzept stünde, wenn man an Art. 5 festhält und Manöver mit den östlichen NATO-Ländern zusammen abhalten will bis zur Nuklear-Schwelle? Ist das nicht eigentlich auch kontraproduktiv zu dem Partnerschafts-Gedanken, der ganz mit Recht mit Russland immer wieder eingefordert wird?

Letzter Punkt: Es gibt eine Sicherheitsratsresolution 1325, die hat jetzt gerade 10-jähriges Bestehen. Im Albright-Bericht ist sie noch als eine der Aufforderungen enthalten, sie einzubeziehen in die Arbeit der NATO. So weit mir bekannt ist, ist sie im neuen Text von Rasmussen nicht. Würde Sie dieses für einen wichtigen Bestandteil auch eines solchen Dokumentes halten oder würde Sie das für vernachlässigbar betrachten?

Der Vorsitzende: Herr Bartels.

Abg. Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Vier Frage oder Themenkomplexe zur nuklearen Teilhabe. Ich habe das Albright-Papier so verstanden, dass es natürlich ein Problem gibt in der NATO, weil einige NATO-Länder die Atomwaffen aus Europa abgezogen haben wollen und die Teilhabe aufgeben wollen, andere nicht. Ich habe es so verstanden, dass dort der Formelkompromiss ist, darüber müsse man reden können in der NATO, aber die Entscheidung müsste einvernehmlich getroffen werden. Das wäre natürlich eine gewisse Öffnung, und der Aufsatz von Herrn Dr. Kamp in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung von vor zwei oder drei Wochen schien mir auch ein bisschen in diese Richtung geschrieben zu sein. Wozu brauchen wir das eigentlich, ist es wirklich noch eine Antwort auf eine Frage, die gestellt wird, die nukleare Teilhabe? Und Sie schreiben das ja hier, in Ihrer Stellungnahme soll die NATO nach der Verabschiedung des Strategischen Konzepts einen Diskussionsprozess über die nuklearen Grundfragen einleiten, wie man wen und womit abschreckt. Man kann natürlich sagen, das müsste genau das Strategische Konzept beantworten. Aber vielleicht wissen Sie mehr.

Dann zweiter Punkt: Wir haben aus den Zeiten des Kalten Krieges ja eine Weisheit für richtig gehalten - und ich will sie auch heute nicht völlig ablehnen -, dass Präsenz abschreckt. Die Tatsache, dass man etwas hat, führt dazu, dass andere gar nicht auf die Idee kommen, feindselig zu sein. Die Bundeswehr in der Mitte Europas ist halbiert, von 500.000 auf 250.000 Mann. Jetzt gibt es Bestrebungen, sie noch drastisch weiter zu reduzieren. Wie viel Präsenz in der Mitte Europas braucht die NATO?

Dritter Punkt: Kooperation - Arbeitsteilung – Pouling. Die SWP stellt wohl gerade heute eine Studie vor, wo sie den Sparzwang in allen NATO-Ländern erwähnt, und sie vergleicht verschiedene Länder miteinander. Das könnte ja dazu führen, dass man vertiefte Kooperation, Arbeitsteilung, gemeinsame Fähigkeiten ausbaut. Tatsächlich sei das nicht der Fall. Obwohl alle so sparen müssen, tun sie genau das, worüber alle reden, was man nicht machen müsste, nicht. Gibt es da Ansätze bei Albright oder in dem, was Sie vielleicht gehört haben in dem Rasmussen-Konzept, das dann in die Richtung ginge, sich stärker gemeinsam aufzustellen?

Und der vierte Punkt: Cyber - da bin ich sehr bei Herrn Stinner und seiner Frage -, sehen Sie das auch so? Das muss keine NATO-Aufgabe sein, jedenfalls keine militärische, sondern eine Aufgabe ziviler Behörden. Da wäre allenfalls die Frage, hat dann die NATO irgendeine Struktur, die zivile Schutzbehörden oder Mechanismen noch koordinieren könnte oder müsste auch das erst aufgebaut werden?

Der Vorsitzende: Jetzt noch Herr Schäfer und dann machen wir die Antwortrunde. Herr Schäfer.

Abg. Paul Schäfer (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich versuche es knapp zu halten. Dr. Brzoska hat darauf hingewiesen, dass in dem Albright-Bericht man eher auf einen traditionellen Bedrohungs- oder Sicherheitsbegriff zurückgegangen ist. Da scheint ja der starke Akzent, den man in der NATO auf Missile Defense legt, auch in diese Richtung zu gehen. Bei Energiesicherheit wissen wir noch gar nicht genau, wie pointiert das wird. Heißt das - wir haben es ja noch nicht gelesen -, dass das neue Strategische Konzept, dass dies Ausdruck sein könnte einer neuen Bedrohungsanalyse? Oder handelt es sich möglicherweise

um eine neue Legitimationsstrategie? Für mich Anklang an Obama, der gesagt hat: Afghanistan, wir gehen zurück auf den Ausgangspunkt, Al Kaida, Terrorismus. weil auch das können wir nur der Öffentlichkeit vermitteln, dass wir dafür militärisch agieren und nicht für irgendwelche utopische Konzeptionen wie State Building, Nation Building.

Oder hat es drittens etwas damit zu tun, dass man vielleicht doch den Aktionsradius begrenzen will? Weil man zwar nicht, wie Dr. Gießmann das gesagt hat, eigentlich offen, kritisch reflektiert, die Erfahrung Afghanistan aber doch impliziert hat und merkt, dass es so nicht funktioniert. Das ist jetzt einfach eine Hypothese und da hätte ich gerne eine Antwort gehabt.

Der Vorsitzende: So, meine Herren, das war viel, aber es war vielleicht für Sie auch eine ganz gute Gelegenheit, mal zu sehen, ob sich aus den Fragen auch die Diskussionsschwerpunkte ergeben, die wir im Ausschuss haben. Und vielleicht bündeln Sie, fassen zusammen und antworten. Die Kollegen, die eine spezielle Frage nicht beantwortet sehen, würden dann einfach nochmal nachfragen. Herr Kamp.

Dr. Karl-Heinz Kamp: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich versuche es im Telegramm-Stil und entschuldige mich, wenn ich einige Dinge verkürzt darstelle. Ich fange mit der philosophischen Frage an, Herr Gehrcke, mit der Abschaffung. Warum gibt es die NATO eigentlich? Weil 28 Staaten es wollen, dass es sie gibt. Und der zweite Punkt: Ist ihre Grundlage erledigt? Ihre Grundlage war nicht die Sowjetunion. Wenn Sie das erste Strategische Konzept der NATO, den NATO-Vertrag, lesen, da ist die Sowjetunion gar nicht erwähnt, mit keinem Wort. Da ist erwähnt: Sicherheit und Stabilität. Sollten wir dies endgültig im transatlantischen Raum erreicht haben, dann mag die NATO überflüssig sein. Ich glaube, unsere Freunde in Polen und in den baltischen Ländern haben dazu eine ganz eigene Meinung.

Zweiter Punkt, weil ich darauf direkt angesprochen worden bin: Missile Defense. Missile Defense, um einen Punkt direkt klar zu stellen, ist keine Kernaufgabe der NATO. In dem Draft gibt es einen Satz: „*Missile Defense is core element of collective defense.*“ Das heißt, von einer Kernaufgabe der NATO, nämlich Collective Defense, ist sie wiederum ein Teil. Nur um die Größenordnungen richtig zu stellen. Es wird deshalb wahrscheinlich auch keinen neuen feasibility status geben, von denen wir ganz viele haben mit tausenden von Seiten. Sondern die Frage ist nur, wenn NATO grundsätzlich sagt, wir sehen Missile Defense als unsere Aufgabe an, dann ist die Frage, was haben wir, was sind wir bereit zu zahlen? Und deswegen ist die Frage, was kostet das eigentlich: Es wird das kosten, was die Länder bereit sind zu geben. Und nicht mehr. Wenn ich mir die jetzige finanzielle Entwicklung anschau, dann wird vieles von dem wahrscheinlich blanke Theorie bleiben.

Entschuldigung, Herr Lindner, Ihre Frage: Was halten Sie von den angeblichen 200 Mio. US-Dollar von Herrn Rasmussen? Noch mal meine eigene Meinung, ich habe die Zahl nicht verstanden. Letzten Samstag war die amerikanische Unterstaatssekretären im Verteidigungsministerium zu einem Gespräch da. Sie sagt, das hätten NATO-Experten gesagt. Es gibt einen, der das gesagt hat, aber ob das ein Experte war, das weiß ich nicht. Es gibt keine NATO-Zahl und das Pentagon legt Wert darauf, dass diese Zahl nicht aus dem Pentagon kommt. Woher sie kommt, weiß ich beim besten Willen nicht.

Wir hatten letzte Woche eine Anhörung zur Frage Missile Defense. Missile Defense erweckt immense Erwartungen in jeder Hinsicht, und das ist der eigentlich Fehler. Denn der eigentliche Sinn dabei - und wir reden über den Schutz, ist der möglich, ja oder nein - geht in bestimmten Befürchtungen zu Kosten verloren, in industriepolitischen Erwägungen etc. Darum bin ich mit solchen Fragen sehr vorsichtig. Ist denn Missile Defense nun Abschreckung, hängt das zusammen? Natürlich hängt das zusammen. Weil ja Raketenabwehr das Kosten-Nutzen-Kalkül eines möglichen Angreifers irgendwo beeinträchtigen würde. Was ich

aber nicht machen würde und zwar von keinem NATO-Staat - einige machen das – das ist sozusagen ein Deal: Wenn wir dem einen zustimmen, dann muss auch das andere, oder wenn ihr wollt, dass das andere kommt, dann müsst ihr dem einen zustimmen. Damit schreckt man die Leute ab und wiederum gibt man der Frage Missile Defense eine ganz andere Bedeutung.

Dritter Punkt: Russland. Herr Mützenich, wir haben im NATO-Russland-Rat, der seit vielen Jahren läuft - mal läuft er und mal läuft er nicht -, ein Grundproblem, und das können wir nicht lösen und das ist eine unterschiedliche Herangehensweise von NATO und Russland an die Idee des NATO-Russland Rates. Und beide Positionen sind absolut legitim. Für Russland war der NATO-Russland-Rat immer der Versuch oder die Option, Einfluss auf die Entscheidungsbildung in der NATO zu bekommen und gewisse Entscheidungen, die man nicht möchte, da irgendwie zu lösen. Für die NATO war der NATO-Russland-Rat immer ein Forum für gemeinsames Handeln, da, wo es funktioniert mit der Option: to agree - to disagree.

Bei der Frage Ukraine gab es keine Lösung. Und diese beiden Punkte kriegen sie nicht zusammen. Damit ist der NATO-Russland-Rat immer auch abhängig von der politischen Großwetterlage. Wenn sich gerade der eine über den anderen ärgert, dann funktionieren bestimmte Sachen nicht. Und z.B. hat eben bisher Russland noch nicht klar gesagt was es z.B. an Missile Defense` genau nicht will, Missile Defense ganz generell oder die Stationierung zu Lande oder was auch immer. Das heißt, da haben wir ein Grundproblem, an dem wir arbeiten müssen.

Werte - Herr Kiesewetter, ja, die Werte sind drin. Sie sind in zwei Bereichen drin, die extrem wichtig sind. Nämlich z.B. bei den Partnerschaften, bei den neuen Partnerschaften macht die NATO eine ganz wichtige Unterscheidung und sagt, für uns sind Länder wie Australien oder Japan besonders wichtig. Nicht nur, weil sie uns unterstützen in Afghanistan, sondern weil sie politically like-minded sind. Weil sie ticken wie wir. Und da kann man Dinge viel einfacher machen, wie z.B. Austausch von Informationen. Und deshalb auch die Frage - sie war angesprochen in den Fragen der Abgeordneten: Mit welchen Partnerinstitutionen hat man denn eine enge Partnerschaft? Man muss schon überlegen, ob man Institutionen wie die CSTO oder Shanghai nicht besonders legitimiert durch eine Partnerschaft mit der NATO. Also auch da ist das Werteelement drin. Türkei können Sie im Strategischen Konzept nicht lösen. Das passiert wahrscheinlich auf Spitzenebene – im Moment bewegt sich da gar nichts. Bei der Frage Zivil: Muss die NATO zivil agieren, ja oder nein und wenn ja, wie viel? Es ist eine ganz interessante Entwicklung. Ein riesiger politischer Streit: Soll die NATO bestimmte zivile Fähigkeiten haben? Die einen sagen nein, damit gräbt sie der EU das Wasser ab. Ein riesiger Streit und es passierte nichts. Der Druck in Afghanistan wurde so groß, dass - drei Wochen ist es, glaube ich, her – es eine Liste gibt mit 60 zivilen Stellen, die sollen anwachsen auf 150, die der Kommandeur der ISAF bekommt. Zivilisten, da geht es um Wasserbauexperten, alle diese Dinge. Und da hat man gemerkt, du musst Expertise vor Ort haben. Um es sehr flapsig zu sagen: Bevor ihr mit eurer politischen Debatte fertig seid, sterben dort Leute. Und deshalb müssen wir es sehr schnell pragmatisch lösen. Also manchmal drückt die Pragmatik da einiges durch.

Nuklear: Natürlich wäre es besser, wenn man vorher den Konsens gehabt hätte im Nuklear-Bereich. Nur die Nationen - und zwar alle und zwar auch Deutschland - wollten ja genau 20 Jahre lang keine Nuklear-Debatte haben. Und zwar durch alle Parteien und durch alle Regierungen durch, ob Große Koalition oder wie auch immer. Zu Recht oder zu Unrecht. Man kann sagen, keine schlafenden Hunde wecken. Man kann sagen, man hat eine Option der Debatte versäumt. Jetzt kommt die Debatte, weil wir nicht mehr entweichen können. Iran macht Dinge, die wir nicht wollen. Es gibt eine Entwicklung in Nord-Korea, auf die man reagieren muss, und es stellt sich schon die Frage, wie man als NATO damit umgeht. Und die Frage ist schon berechtigt, Sie kam von Ihnen, Herr Abgeordneter: Die Amerikaner. Ist denn

Obama nur Rhetorik? Ich schließe nicht aus oder ich bin mir ziemlich sicher, dass die neue Strategie eine Formulierung enthalten wird, die auf das Global Zero-Ziel hinweist, als eine Gesamtverpflichtung der NATO, in welcher Form auch immer. Wie weit man das mit den Franzosen noch hinkriegt, weiß ich noch nicht. Aber jedenfalls ist der Draft da sehr explizit.

Die Frage ist aber nicht, welches Ziel wir definieren. Die Frage ist, wie gestalten wir die Zeit, bis wir da sind? Und da wir uns alle einig sind, dass das noch eine ganze Weile dauert, brauchen wir eine Nuklear-Strategie. Und da geht es nicht um einige oder eben vereinzelte Elemente - Erstschlag, Ersteinsatz -, sondern da geht es um etwas, mit dem alle leben können. Ich mache hier einfach mal einen Strich.

Der Vorsitzende: Herr Dembinski.

Dr. Matthias Dembinski: Ich kann auch nur einige der Fragen herausgreifen und mich darauf beziehen. Ich möchte vielleicht nochmal anfangen mit dem Verhältnis zwischen NATO und Russland und der Bedeutung des NATO-Russland-Rates in diesem Verhältnis. Ich würde der Analyse von Karl-Heinz Kamp zustimmen. Ich würde bloß mich nicht damit zufrieden geben wollen. Ich glaube, wenn wir dem NATO-Russland-Rat immer wieder zusammen von vornherein sagen: Das ist immer wieder ein Opfer oder abhängig von der Großwetterlage, dann kann er seine eigentliche Funktion, nämlich dieses Verhältnis auch in schlechten Zeiten zu stabilisieren und wieder auf konstruktive Wege zurückzuleiten, nicht erfüllen.

Als diese Idee ursprünglich aufkam, da haben Sie vollkommen Recht, da gab es in der Tat auch in der deutschen Debatte diese Vorstellung, dass Russland über den NATO-Russland-Rat zwar nicht Vote bekommt innerhalb der NATO, aber durchaus Voice, weil innerhalb der NATO selten abgestimmt wird, das russische Gewicht tatsächlich auch in der Entscheidungsfindungsphase Gewicht haben muss. Und m.E. sollten wir hierzu sehr viel stärker bereit sein, auf Russland zuzugehen, als sie das uns bisher zumuten. Denn ich glaube, sehr viele der Spannungen zwischen der NATO und Russland entstehen in der Tat nur durch diese Grenzziehung, dass Russland eben draußen ist und nicht drin. Und wir müssen uns Formen überlegen, wie wir Russland parallel oder - sagen wir mal - wie wir Russland sukzessive, nicht sofort, aber sukzessive, in diese NATO hinein bekommen. Konkret würde ich vorschlagen, dass man den NATO-Russland-Rat wirklich benutzt, um gemeinsame Aktionen mit Russland zu entwickeln und zu unternehmen. Dass man etwa Russland auch Mitsprachemöglichkeiten anbietet bei NATO-Out-of-Area-Operationen. Dass man Russland einlädt, hier mitzumachen in der frühen Phase. Ich würde auch überlegen, ob man mit Russland zumindest über die zukünftigen Erweiterungsschritte spricht und nicht von vornherein sagt, das ist ein Tabu-Thema, damit habt ihr gar nichts zu tun. Es betrifft zwar eure Sicherheitsinteressen, ganz unmittelbar, aber das geht euch gar nichts an. Also ich finde, wenn man den NATO-Russland-Rat so behandelt, dann muss er seine eigentliche Funktion, die wir ihm ursprünglich zgedacht haben, verfehlen.

Bindung an internationales Recht: Ich finde, dass das eigentlich ganz selbstverständlich ist. Das Problem, das eigentlich entstanden ist, ist die Nachwirkung von Kosovo. In der deutschen Debatte haben wir zwar immer gesagt, das ist kein Präzedenzfall, das war ein Ausrutscher, der wird sich nicht wiederholen. Das Dumme ist, dass da nur eine Debatte geführt worden ist um die NATO herum, innerhalb der NATO, über die NATO. Und die Frage der gesetzlichen Legitimierung der NATO aufgrund ihrer Qualität als demokratische Sicherheitsgemeinschaft – unglückliche Debatte, die aber Spuren hinterlassen hat. Von daher wäre es m.E. wünschenswert, auch in dem neuen Strategischen Konzept hierzu deutliche Aussagen zu haben.

Die Frage mit Nuklearwaffen - Global Zero – und wie soll man damit umgehen. Das langfristige Ziel, da gibt es, glaube ich, keinen großen Dissens. Wenn wir es tatsächlich schaffen, zu einem Global Zero zu kommen, sind wir alle zufrieden oder viele. Es gibt

tatsächlich Schritte dorthin, und da müsste man am besten in der Tat auch bei den Schritten erkennen können, dass dieses Ziel mehr ist als reine Rhetorik. Wie gesagt, die NATO müsste meines Erachtens noch einmal über ihre nukleare Strategie nachdenken. Das ist im Grunde ein sehr symbolischer Schritt, aber es ist ein Schritt, der in vielerlei Hinsicht positive Auswirkungen haben könnte. Und ich sehe, ehrlich gesagt, überhaupt nichts, was dagegen spricht, dass sich die NATO ganz eindeutig zu einer no-first-use-Strategie bekennt. Ich weiß auch gar nicht, ob es sinnvoll ist, groß über neue Nuklear-Strategien oder Verwendungszwecke für diese Waffen nachzudenken. Ich denke, die gehören in ein Kabinett eingeschlossen und wirklich nur im Grunde in undenkbaren Szenarien wieder auf den Tisch gelegt. Aber jetzt eine neue Debatte anzufangen über den Sinn und die Rolle von Nuklearwaffen, finde ich eigentlich verkehrt.

Kurz noch: Verknüpfung konventioneller Rüstungskontrolle. Ich halte konventionelle Rüstungskontrolle für ganz zentral. Ich befürchte nur, dass sie schon, kaum das sie angefangen hat, in bekannten Stolperdrähten sich verfängt, und dass wir politisches Kapital investieren müssten und möglicherweise an der einen oder anderen Stelle über unseren politischen Schatten springen müssten, um diese Verhandlungen tatsächlich voran zu bringen. Die Verbindung mit der Raketenabwehr: Das Problem ist - Sie haben Recht -, eigentlich müsste man hier versuchen, mit Rüstungskontrolle diesen Bereich einzufangen. Ich sehe nur auf der amerikanischen Seite derzeit keine politische Bereitschaft, Raketenabwehrprogramme rüstungskontrollpolitischen Beschränkungen unterwerfen zu wollen, und solange das so ist, ist es sehr schwierig.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, dann Herr Dr. Kaim

Dr. Markus Kaim: Sechs Punkte will ich versuchen aufzugreifen. Erstens: Zivile Kapazitäten, EU-NATO. Natürlich mit Blick auf die Finanzlage und Vermeidung von unnötigen Duplizierungen ist der naheliegendste Schluss, dass es eine Vereinbarung zwischen der EU und der NATO gebe, wie immer man sie nennen mag, Brussels Plus, Berlin Plus, Reverse. Die Vorschläge liegen bereits alle auf dem Tisch. Das ist, glaube ich, die von uns allen bevorzugte Option. Nur aus politischen Gründen, die wir auch angesprochen haben, glaube ich, werden wir in absehbarer Zeit da keine Fortschritte sehen. Was in den vergangenen zehn Jahren an Tinte zum Thema EU-NATO-Kooperation vergossen worden ist, ohne dass sich irgendetwas bewegt hat, ist ja kaum noch nachzumessen. Dementsprechend bleibt eine zweite Option: Das Ausleihen kommt nicht in Frage und das selber Beschaffen, also das Duplizieren der Ressourcen, kommt aufgrund der Finanzkrise auch nicht in Frage.

Das heißt, die einzige Option, die ich mir zumindest in den gegebenen politischen Rahmenbedingungen noch vorstellen kann, ist die Verpflichtung der NATO - aber das ist die Frage, ob das im Strategischen Konzept stehen muss -, eine Selbstverpflichtung der NATO, bei zukünftigen Auslandsmissionen sehr frühzeitig in eine gemeinsame zivil-militärische Planung mit anderen Institutionen einzutreten. Wie gesagt, das ist aber keine Frage, die man im neuen Strategischen Konzept klären muss. In der Fußnote angemerkt: Ich glaube, dass diese Hoffnung, dass wir aufgrund der politischen Rahmenbedingungen - Stichwort Türkei, Stichwort Zypern - diese Blockade zwischen den Institutionen aufweichen können, nicht funktionieren wird, wenn man auf das Binnenverhältnis dieser beiden Institutionen guckt. Sondern ich glaube, der einzige Weg wird eine große diplomatische Paketlösung sein, die außerhalb der NATO und außerhalb der Europäischen Union vielleicht durch einzelne Mitgliedsstaaten erfolgen kann.

Zweiter Punkt: Gerade die Debatte hat nochmal gezeigt, dass man die Fragen von Raketenabwehr vielgestaltig diskutieren kann und die Anknüpfungen in dieser Debatte sehr vielgestaltig sind. Man kann es diskutieren als eine Sachfrage des NATO-Russland-Verhältnisses, man kann es diskutieren als eine Frage der

Rüstungskontrollvereinbarungen und damit verbunden die Frage der nuklearen Abschreckung, den trade-off, den Herr Stinner angesprochen hat. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich noch einen Schritt zurückgehen würde. Letztlich muss man bei Rüstungsprojekten doch immer die Frage beantworten, gegen welche Bedrohung richtet sich das denn? Und ich finde, die Kardinalsfrage ist an dieser Stelle, und die muss auch immer beantwortet werden. Mir leuchtet das immer noch nicht rational ein, was wir dem Iran und anderen Akteuren unterstellen, weshalb sie mit ballistischen Raketen das NATO-Territorium angreifen sollen. Ich weiß, ich kenne das Argument, versehentliche Abschüsse und ... und ... und. Aber ob das wirklich die Kosten - und ich meine jetzt nicht nur die finanziellen Kosten, sondern auch die politischen Kosten - dieses Raketenabwehrschildes rechtfertigt, das wage ich zu bezweifeln.

Dritter Punkt: Die Frage tauchte bei Herrn Gehrcke auf und bei Herrn Schäfer auch. Frage, neue sicherheitspolitische Herausforderungen, neue Legitimation der NATO. Ich glaube, wir müssen ein bisschen aufpassen. Ich halte es für völlig legitim, dass internationale Organisationen, Institutionen - damit auch die NATO - neue sicherheitspolitische Herausforderungen definieren. Das ist, glaube ich, auch Konsens. Die entscheidende Frage ist doch aber - und die ist sehr vielgestaltig -: Energie, Klimawandel, Nahrungsmittelsicherheit, Migration und ... und ... und. Nur ich glaube, wir dürfen nicht dem Fehlschluss unterliegen, dass jede Antwort auf diese neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen militärischer Natur ist. Genau so wenig wie wir ja zu den Schlussfolgerungen kämen, dass alles, was im Verteidigungs-Weißbuch der Bundeswehr an Interessen der Bundesrepublik definiert worden ist, zwangsweise militärische Antworten erfordert. Und ich glaube, das wäre auch eine Überforderung des sicherheitspolitischen Konzeptes.

Da bin ich bei dem Punkt, den Herr Lamers angesprochen hat. In der Tat, ein Teil des neuen Strategischen Konzeptes wird es auch sein, den Art.4 als die Betonung der NATO, als transatlantisches Konsultationsforum – noch nicht Kooperationsforum –wiederzuentdecken. Und ich glaube, viele Dinge, die wir jetzt relativ hoch hängen - Energie, Klimawandel, Cyber War und anderes - werden sich dort wiederfinden. Und damit bin ich bei Cyber War. In der Tat, ich halte auch nichts von dieser Gleichsetzung, Cyber War wäre das Äquivalent zu einem klassischen Angriff auf das Territorium der NATO. Erstens - das hat Herr Stinner bereits angedeutet -: diese Angriffe sind in der Regel deterritorial. Wir können den Urheber noch nicht einmal identifizieren. Da kann man noch sagen, da gab es einen Server irgendwie in Russland. Dahinter könnten aber auch Hacker in China stecken. Wir wissen es einfach nicht genau. Und - da finde ich Ihren Punkt sehr gut, Herr Schmidt - wir können einen Beginn noch nicht einmal klar identifizieren. Wenn wir aber beides nicht können, wir können den Angreifer nicht identifizieren, um in den klassischen Kategorien zu sprechen, und wenn wir den Punkt des Angriffs nicht identifizieren können, damit ist eigentlich die Frage obsolet, ob wir eigentlich Art. 5 aktivieren können.

Und noch viel weniger plausibel finde ich tatsächlich, eine klassische Militär-Allianz mit Dingen zu beschäftigen, auf die m.E. Militär nicht die Antwort ist. Mein Punkt ist nicht - nicht, dass wir uns falsch verstehen! -, dass ich das klein reden will und dass ich die Lahmlegung von staatlicher und nicht-staatlicher Infrastruktur nicht für eine zentrale Bedrohung für das politische Handeln und für die politische Souveränität eines Staates halte. Aber die zweite Frage ist doch, ob das eine Aufgabe der NATO ist. Und noch viel mehr gehört dies in das neue Strategische Konzept. Da würde ich meine Skepsis anmelden wollen. Es ist völlig legitim, dass die NATO jetzt ein entsprechendes - ich weiß nicht genau, wie es heißt - Center of Excellence in Tallinn hat. Dass sie jetzt eine neue Abteilung hat für neue politische Herausforderungen. Damit habe ich überhaupt kein Problem, aber ich glaube, andere Institutionen, die es ja auf der Welt gibt, also die NATO- Mitgliedsstaaten, sind ja noch da mit ihren jeweiligen Exekutiven. Wir haben andere sicherheitspolitische handelnde Akteure, sei es die Europäische Union oder andere. Also hier würde ich Skepsis anmelden wollen.

Open door policy: Frau Zapf, das ist vielleicht einer der Punkte, wo man sagen kann, da wird das neue Strategische Konzept einen endgültigen Konsens herstellen. Interessanterweise Fragen von Erweiterungen, die uns vor Jahren noch umgetrieben haben, sind völlig von der Agenda genommen. Hier sehen wir ja nur den Formelkompromiss, der zu erwarten war. Die NATO kann nicht hinter ihr Bukarester Commitment der open-door zurück. Letztlich ist die Sprache, die gewählt worden ist, aber die der Lustlosigkeit. Niemand will sich allen Ernstes jetzt noch auf ein Erweiterungsprojekt einlassen. Hier ist der Konsens zementiert.

Und letzter Punkt, den ich machen will: Pooling und Sharing innerhalb der NATO, Herr Bartels hat es angesprochen. Ich weiß nicht, ob das eine Aufgabe für das neue Strategische Konzept ist, ob das nicht eine Ebene zu hoch angesiedelt ist. Wenn wir eine Ebene darunter gehen. ist es, glaube ich, der traurige Befund, auf den Sie hinaus wollten und der leider nur zu unterstreichen ist, dass jetzt die NATO-Mitgliedsstaaten unter großem Zeitdruck Rüstungsprogramme zusammenstreichen und dass die Chance, die in der Finanzkrise steckt, nämlich zu sagen, jetzt beginnt Koordination innerhalb der NATO, vertan wird. Die einzigen, die mir bekannt sind, die innerhalb der NATO offensiv Bemühungen gemacht haben, ihr Rüstungsstreichungsprogramme zu koordinieren, sind die Tschechen gewesen. Aber tatsächlich, worauf wir eigentlich jetzt hätten setzen können - man setzt sich an einen Tisch und sagt, wir streichen dieses, ihr anderen jenes -, eben eine Koordination herzustellen, ist ausgeblieben.

Und letzter Satz: Ich glaube, der etwas ungemütliche Befund wird sein, dass wir in ein oder zwei Jahren den Strich drunter ziehen werden und nicht nur noch gucken können, was denn übrig geblieben sein wird. Und daran wird sich dann die Handlungsfähigkeiten der NATO bemessen lassen müssen. Danke.

Der Vorsitzende: Herr Prof. Gießmann

Prof. Dr. Dr. Hans J. Gießmann: Schönen Dank für die interessanten und spannenden Fragen. Was ich in der Diskussion im Grunde vermisse, ist, dass ein Bündnis, ein Verteidigungsbündnis zumal sich natürlich nur in Relation zu den wahrgenommenen Bedrohungen und Institutionen definieren kann. Das heißt also, der eigene Sicherheitsgewinn wird durch das, was man selber unternimmt, immer relativiert durch die Wahrnehmung durch Dritte. Und die Art der Wahrnehmung durch Dritte kann man selber kaum bestimmen. Insofern ist also die Kooperation oder der Dialog oder die Konsultation nicht nur innerhalb der Allianz von Bedeutung, sondern auch über die Allianz hinaus mit denjenigen, die als Bedrohung oder als Ursache oder als Quelle von Risiken und Bedrohungen angesehen werden. Das war nämlich der Aufhänger sozusagen, Frau Zapf, was Sie formuliert haben in Bezug auf Cyber War: Wenn man selber eine potentielle Bedrohung erkennt durch mögliche Angriffe auf die eigene Infrastruktur und Kommunikationssysteme, da muss man selber natürlich alles unterlassen, was auf eine offensive Fähigkeit möglicherweise zielt, genau das bei anderen anzurichten. Hier gibt es die Gefahr der Entstehung eines Sicherheitsdilemmas, eines klassischen Dilemmas, indem also durch Fehlwahrnehmung auf allen Seiten man in eine Spirale hineingedrängt wird, in der es dann am Schluss sehr schwer ist, Intentionen von Realitäten zu unterscheiden.

Insofern würde ich gerne noch einmal als ersten Punkt der Unterscheidung die Notwendigkeit auch von Risiko und Bedrohung betonen. Und dabei geht es nicht nur darum, welche Mittel angemessen sind, um mit wahrgenommenen Bedrohungen umzugehen, sondern auch um die Erkenntnis, dass es für bestimmte Bedrohungen keine Abschreckung gibt. Bestimmte Akteure - wenn Sie über Selbstmordattentäter sprechen - lassen sich nicht abschrecken, egal, wie viel Mittel Sie zur Verfügung haben. Sondern hier geht es m.E. um Fragen, die weit über die militärischer Abschreckungsfähigkeit hinaus gehen und in den Bereich der Prävention fallen.

Zweitens: Bei der Rüstungskontrolle, denke ich, sollte man nicht die Impulswirkung von einseitigen Entscheidungen zur Zurücknahme von bestimmten Waffenkategorien unterschätzen. Das betrifft insbesondere solche, die militärisch sowieso keinen Zweck mehr machen und die auch keine Unterstützung bei der einheimischen Bevölkerung haben, also sprich substrategische Atomwaffen zum Beispiel.

Drittens: Weiterentwicklung des Völkerrechts. Natürlich stimme ich in den Chor all jener ein, die sagen, ein vorheriges Mandat sollte auf jeden Fall notwendig sein. Aber ich denke, dass sich auch eine Diskussion über die sich immer mehr durchsetzenden Allgemeinprinzipien wie *responsibility to protect* einfach anbietet. Das muss geführt werden. Man kann der NATO nicht vorwerfen, dass sie ihrerseits die Diskussion führt, wenn solche Diskussionen nicht in den anderen Institutionen stattfinden. Das ist natürlich eine Verantwortung, die die Mitgliedsstaaten zu tragen haben.

Und mich bringt das auch zu dem Punkt, dass man eigentlich der NATO dankbar sein muss, dass sie die Debatte jetzt führt. Aber sie müsste eigentlich auch in den anderen Organisationen parallel geführt werden, weil sonst die Offensive eindeutig auf Seiten des militärischen Bündnisses liegt.

Das bringt mich dann zu dem vierten Punkt: Zivil-Militärisch. Herr Stinner, ich stimme völlig dem zu. Wir waren beide bei der Veranstaltung zum Iran vor zwei Tagen, wo die Frage auftauchte, wie es eigentlich ist, wenn man im Iran selbst ist und den Stuxnet-Angriff sieht. Wem rechnet man das eigentlich zu und wie wird das interpretiert? Das Problem bei Cyber War besteht ja nicht nur darin, dass es schwer ist, diesen Fall als Angriff zu definieren, sondern auch die Verantwortung zuzurechnen. Es kann durchaus sein, dass der Staat, aus dem heraus ein solcher Angriff verübt wird, sich völlig rechtskonform verhält und überhaupt kein Interesse daran hat, dass private Akteure, die innerhalb seiner Grenzen agieren, genau dieses tun. Und die Frage ist, wo diskutiert man darüber? Ich denke, wenn man außerhalb der NATO darüber diskutiert, die UNO ist natürlich immer ein Forum, aber vielleicht wäre das auch ein Thema für die G-20. Ich meine, wenn es sich wirklich um ein Thema handelt, wo Grenzfragen militärischer, aber eben auch ziviler Sicherheit angesprochen werden, ist das vielleicht ein Forum, in dem man also auch über solche Fragen diskutieren kann.

Open-door policy: Ich stimme dem zu. So ist leider wahrscheinlich die Situation, wie Herr Dr. Kaim sie beschreibt. Ich bin trotzdem der Meinung, dass eine Stärke des Bündnisses in den letzten Jahren darin bestanden hat und in den 90er Jahren darin bestanden hat, wirklich zu versuchen, Reformprozesse in den Nachbarstaaten zu öffnen und dadurch tatsächlich in Europa auch bestimmte Formen der militärischen Stabilität durch Kooperation zu erzeugen. Ich halte diesen Ansatz nach wie vor für richtig.

Ein aller letzter Punkt, Frau Zapf, das ist 1325. Das vermisse ich in der Tat auch. Und wenn das jetzt so als Rattenschwanz erscheint, dann ist das nicht so gemeint. Ich finde, das wäre ein wichtiger Punkt und auch ein Potential, was die NATO eigentlich vergeudet oder nicht nutzt, was aber m.E. wichtig wäre, auch in diesen Rahmen einzubeziehen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. Brzoska.

Prof. Dr. Michael Brzoska: Vielen Dank für die sehr interessanten Fragen. Ich fange gleich mit der ersten an, die Herr Kiesewetter gestellt hat, weil ich da auch sehr interessant finde, dass die Diskussion über Werte, jedenfalls in dem Albright-Papier auch sehr kurz nur abgehandelt wird. Ein Punkt ist gerade eben noch einmal genannt worden: 1325 – Frauen in Krisen und Krisen-Management-Prozessen. Warum hat die NATO da z.B. noch keinen Aktionsplan? Seit Jahren wird das angekündigt, aber es kommt nichts, weil letztendlich doch gesagt wird, eigentlich haben wir damit gar nichts zu tun. Oder was ist mit dem Bekenntnis zur Abrüstung? Das ist zwar verbal in dem Albright-Bericht, aber wenn man die einzelnen

Punkte durchgeht - Nuklear-Abrüstung, Raketenabwehr, Verbesserung der konventionellen Fähigkeiten -, geht es eigentlich im operativen Geschäft immer in die umgekehrte Richtung.

Was ist mit dem möglichst geringen Ressourcen-Verbrauch? Ich denke, das ist angesichts dessen, was wir an anderen Probleme in der Welt haben, ein Wert für uns, dass wir möglichst wenig – natürlich müssen wir uns schützen, natürlich brauchen wir Streitkräfte - Ressourcen verbrauchen. Das ist für mich jedenfalls ein Wert, den wir diskutieren sollten. Zumindest einer, den ich auch hochhalten würde. Also insofern Werte-Diskussion ja, aber natürlich muss man dann auch „Butter bei die Fische tun“, in welche Richtung das geht. Ich bin seit langem der Meinung, dass das auch für Deutschland gilt. Wir haben zwei - auf sehr unterschiedlichen Ebenen, in der praktischen Umsetzung sehr divergierende - Konzepte, die jetzt auch einem Unterausschuss den Titel gegeben haben, nämlich Vernetzte Sicherheit und zivile Krisenprävention. Und es ist lange an der Zeit, zu versuchen, diese Konzepte zu untersuchen und möglicherweise in einem gemeinsamen Friedens- und Sicherheitskonzept, einer Strategie, die Frieden – ich unterscheide Frieden und Sicherheit – mit Sicherheit vorumfassend, auch natürlich auf der Grundlage einer Bestimmung von Interessen - das wird unvermeidlich sein -, versucht, zusammenzufassen. Das ist etwas, wo wir, Deutschland, eigentlich, glaube ich, gerade auch, wenn wir eben auch solche Diskussionen wie jetzt NATO-Strategie oder auch europäische Sicherheitsstrategie erleben, hinterher hinken.

Zweiter Punkt, den ich zu NATO-Russland sagen wollte. Ich denke, dass das Verhältnis NATO-Russland auf drei Ebenen gestaltet werden muss. Die erste Ebene ist die der Diskussion, der Foren, der Transparenz, der Austausch von Meinungen und da würde ich auch die Hauptfunktion für den NATO-Russland-Rat sehen. Das zweite Element ist das der praktischen Kooperation. Das ist bisher relativ unterentwickelt, obwohl es auch da Ansätze gibt. Aber man kann sich da eine ganze Menge vorstellen, im Bereich der praktischen Abrüstung, im Bereich auch der Lösung von Konflikten, eingefrorenen Konflikten. Dass man dort zusammen arbeitet, anstatt dass man nur darüber redet, sondern konkrete Schritte macht. Der dritte Bereich ist der der vertraglichen Abmachung. Ich denke, dass auch hier noch einiges an Spielraum ist. Insbesondere auch im Bereich der Raketenabwehr wäre es für mich zumindest das Ziel, zu sagen, wir müssten da mit Russland zu Abmachungen kommen, die verbindlich sind, was die Bedrohung, die Russland empfindet, auch berücksichtigt, so dass also dieses Argument, das Russland immer wieder vorbringt, damit dann nicht mehr vorhanden wäre. Ob das möglich ist, weiß ich nicht. Aber es wäre zu mindestens aus meiner Sicht das Ziel und damit auch eine Unterscheidung hinzubekommen, wie Herr Kamp vorher richtig gesagt hat, diese immer wieder unterschiedlichen Erwartungen an dieses eine große Forum, den NATO-Russland-Rat.

Internationales Recht, ich würde auch sagen, ich glaube – Herr Gießmann hat das schon gesagt -, die Bedeutung der NATO ist beschränkt. Es gibt andere Foren, die ich da zentraler sehen würde, aber es gibt bestimmte Dinge, wo die NATO auch einen wesentlichen Input leisten könnte. Eine dieser Fragen ist die von Drohnen und anderen autonomen Waffensystemen, wo wir im Moment eine massive rasche technische Entwicklung erleben und wo es bisher noch keine Ansätze für Rüstungskontrolle gibt, die aber aus meiner Sicht notwendig wären, aber wo auch rechtliche Fragen ungeklärt sind. Also, was ist denn mit Drohnen-Angriffen und wer ist da eigentlich Kombattant bei solchen Drohnen-Angriffen? Solche Fragen sind durchaus durch Input von NATO-Seite weiter verfolgbar.

Trade-off Nuclear Missile Defense: Jetzt möchte ich nur daran erinnern, warum in den späten 60er Jahren in den USA die Idee einer Missile Defense aufgegeben worden ist. Warum damals auch das Pentagon gesagt hat, wir wollen einen Vertrag, der die Raketenabwehr beschränkt – den ABM-Vertrag. Nämlich dass man gesagt hat, das gibt natürlich der Gegenseite den Anreiz zur Aufrüstung. Es ist, glaube ich, schwer vorhersagbar, ob die andere Seite sich beeindruckend lässt und sagt, wenn wir so beschützt sind durch Raketen, dann nützt es ja gar

nichts, dann kann man das aufgeben. Oder ob sie nicht sagt, dann brauchen wir eben mehr Raketen, um dann diesen Abwehrschild zu überwinden. Und bei dem Thema Iran - Herr Kaim hat da das Wesentliche schon gesagt - würde ich immer zu bedenken geben, wer sich bei uns auf eine Raketenabwehr verlassen würde, die, wenn sie gut funktioniert, vielleicht zu 90 Prozent funktioniert. Da kann man sich nicht darauf verlassen. Das ist dann doch immer noch ein hohes Risiko und insofern letztendlich, glaube ich, im Wesentlichen eine symbolische Frage und keine politische Frage.

Vielleicht noch ein letzter Punkt zu dem zivilen Crisis Management und der Frage, wie weit soll die NATO sich da auch eigene Kapazitäten schaffen. Da wäre ich sehr skeptisch. Denn wir erleben auch in anderen Zusammenhängen, dass diese Art von mission creep, dass dann militärische Institutionen sich zusätzliche Kapazitäten zulegen, nicht zur Steigerung der Effizienz führt. Ich erinnere an die Diskussion, die wir haben über ZMZ, über Simec, über militärische Zusammenarbeit, wo wir in Deutschland zumindest das zurück gefahren haben. Weil wir erlebt haben, dass, wenn die Streitkräfte immer mehr zivile Aufgaben übernehmen im Balkan, dass das suboptimal ist. Ich denke in der Tat, dass Kooperation notwendig ist. Vor allen Dingen auf der strategischen Ebene, der Planungsebene und auf der operativen Ebene vor Ort. Dass man sich da besser vernetzt und da besser zusammenarbeitet. Aber ein Zulegen von zusätzlichen Kapazitäten halte ich für falsch. Die Amerikaner haben inzwischen 20 Prozent ihrer gesamten offiziellen Entwicklungshilfe durch das Pentagon abgewickelt. Das ist eine Entwicklung, glaube ich, die in die falsche Richtung geht.

Der Vorsitzende: Jetzt haben wir noch Frau Bulmahn.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD): Ich habe eine Frage und eine Anmerkung. Ich beginne mal mit der Anmerkung: Ich habe, als ich das Papier gelesen habe, den Eindruck gehabt, dass es ein Konzept ist, was sehr traditionell ausgerichtet ist. Weil in der Analyse zwar durchaus auch neue Sicherheitsbedrohungen in einem umfassenden Sinne beschrieben werden, bei den Maßnahmen man aber sehr traditionell vorgeht. Da wäre meine Frage an Herrn Kamp, ob die Diskussion über das hinaus geht, was wir jetzt hier schriftlich vorzuliegen haben. Herr Brzoska hat das etwas angerissen und andere auch. Ich will das Ganze nur mit einem Beispiel noch untermauern. Das ganze Thema Cyber War ist kein neues Thema. In der Forschung ist das mindestens seit 15 Jahren ein nicht nur sehr intensives, sondern erforschtes Thema. Es schlägt sich im Übrigen auch im letzten Forschungsrahmenprogramm der EU besonders stark nieder. Es ist ein Thema seit mindestens Mitte der 90er Jahre, wenn nicht seit Anfang der 90er Jahre. Also auch das ist keine sozusagen wirklich neue Antwort, sondern eigentlich auch sehr traditionell.

Und von den anderen Punkten will ich nicht reden. Deshalb hat es mich schon sehr gewundert - und ich will das unterstreichen, was Sie, Herr Brzoska, gesagt haben -, dass in dem Konzept selber sämtliche Ansätze ziviler Krisenprävention eigentlich völlig unterbelichtet sind und im Grunde genommen gar nicht thematisiert werden. Obwohl die NATO natürlich dabei auch eine Rolle hat. Wenn man von der alten dogmatischen Gegenüberstellung von ziviler Krisenprävention und militärischen Einsätzen ein ganzes Stückchen weg gegangen ist und wir praktisch teilweise über Kombinationen reden müssen, aber teilweise auch über andere Formen militärischer oder polizeilicher Begleitung reden müssen. Das alles ist hier eigentlich überhaupt nicht thematisiert. Und das hat mich doch sehr gewundert. Weil die Entwicklung der letzten Jahre, der letzten zehn Jahre, doch sehr deutlich gemacht hat, dass gerade auch in der internationalen Sicherheitspolitik diese Konzepte eine immer wichtigere Rolle spielen und in Zukunft auch spielen werden und auch spielen müssen.

Deshalb ist meine Frage an die Sachverständigen, ob im Zusammenhang mit dem neuen Strategischen Konzept diese ganzen Entwicklungen und Ansätze tatsächlich wirklich keine Rolle gespielt haben oder ob sich die NATO dafür nicht als Gremium betrachtet, in dem

diese Überlegungen aufgenommen werden. Das hätte ich ganz gerne gewusst. Ich muss mich jetzt gleich entschuldigen, dass ich leider gehen muss und von daher nachlesen muss. Ich weiß, es ist extrem unhöflich, nur ich muss einen Zug erwischen, weil ich eine Veranstaltung habe, auf der ich selber sprechen muss. Und deshalb bitte ganz herzlich um Ihr Verständnis.

Der Vorsitzende: Dr. Mützenich.

Abg. Dr. Rolf Mützenich (SPD): Vielen Dank. Ich möchte gerne zwei kurze kleine Bemerkungen machen zu Antworten, die gegeben worden sind, und dann vielleicht noch vier Nachfragen stellen, wenn ich darf. Herr Kamp hatte das nochmal ein bisschen bei mir provoziert. Sie haben ja davon gesprochen, dass Missile Defense durchaus auch ein Aspekt der Abschreckungsidee ist, insbesondere andere in eine Situation zwingt, den Kosten-Nutzen-Faktor zu kalkulieren. Das heißt, wir unterstellen Vernunft auf der anderen Seite. Ich bin dabei, nur manchmal habe ich in der letzten Zeit gemerkt, wenn es um neue Bedrohungen geht, dass man vielen Unvernunft unterstellt. Deswegen würde ich das nicht immer als letzten Aspekt einer Gedankenkette sehen. Wenn man dann den Kosten-Nutzen Faktor unterstellt, könnte man auch auf die Idee kommen, dass Missile Defense auf einer anderen Seite eben nochmal zur Unterstreichung der Angriffsfähigkeit in der Lage ist; also dass, was wir eben diskutiert haben, warum man in den 70er Jahren zu der Erkenntnis gekommen ist, wir brauchen ABM, wir haben zwar Raketenabwehr, aber die ist nicht so, dass wir nicht unverwundbar werden. Und ich glaube, dass ist auch die Diskussion, die sich daraus ergibt für die internationale Sicherheitspolitik.

Zweitens, Herr Dembinski hatte gesagt, AKSE, da sind unheimlich viele Stolpersteine drin. Na ja gut, das ist dann das, was die Politik vielleicht doch noch manchmal interessant machen kann, Stolpersteine aus dem Weg zu räumen. Deswegen ist es die Mühe schon wert, finde ich, auch über konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle weiterhin nicht nur nachzudenken, sondern auch umzusetzen.

Aber ich würde gerne nochmal vier Aspekte aufführen, wo ich Ihre Meinung gerne hören möchte, ob sie zumindest Bestandteil der strategischen Überlegungen sein müssten. Insbesondere das Verhältnis zur ESVP. Das ist etwas, was in den 90er Jahren eine große Rolle gespielt hat: Europäische Union nimmt der NATO Legitimität, aber auch Möglichkeiten, auch Instrumente, weg. Vieles ist davon auf der Strecke geblieben, aber glauben Sie oder wäre es notwendig, Bemerkungen gerade zu diesem Verhältnis zu machen und wo könnte man auch Ergänzungen noch mal finden?

Der zweite Punkt: Die NATO hatte sich in der Vergangenheit die Aufgabe gestellt, zu Nachbarschaften Beziehungen zu unterhalten. Ganz konkret: Das Mittelmeer als eine Region, wo die NATO Aufgaben wahrzunehmen hat, insbesondere in der Kooperationsbildung. Glauben Sie, dass das nicht mehr im Fokus in der Zukunft steht? Wenn ich mir das richtig anschau, im NATO-Hauptquartier beschäftigen sich vielleicht noch drei oder vier Menschen mit diesem Aufgabenbereich. Aber wäre es nicht um so dringlicher, an diesen Aspekt wieder anzuknüpfen?

Dritter Punkt, da möchte ich Sie nicht so schnell entlassen. Auf der einen Seite war das nicht meine Frage, ob die NATO Beiträge liefert, Herr Brzoska, zum internationalen Recht, sondern ob sie sich an internationales Recht gebunden fühlt und ob sie dies nochmal explizit ausformulieren muss. Insbesondere im Hinblick auf die Frage auch zukünftiger neuer internationaler Rechtsetzung. Und dann hatten Sie ja, Herr Gießmann, auf responsibility to protect hingewiesen und das sozusagen als positiven Aspekt der NATO-Diskussion gefasst. Also da bin ich ein bisschen zurückhaltend, ob das das war, was die Vollversammlung der Vereinten Nationen wollte.

Und zum Schluss würde ich gerne nochmal fragen: Wäre es nicht eventuell auch angebracht, nochmal das Verhältnis zu privaten militärischen Sicherheitsdienstleistern anzusprechen in diesem Zusammenhang? Also könnte man nicht vielleicht mal innerhalb der NATO-Diskussion herausfinden, ob wir überhaupt einen privaten militärischen Sicherheitsdienstleister als Konkurrenten wollen oder wollen wir ihn als Ergänzung von Kapazitäten und müsste es im strategischen Konzept auch Grundlage finden, wie dieses Verhältnis in Zukunft definiert wäre? Danke.

Der Vorsitzende: Herr Gehrcke

Abg. Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE.): Ich würde gerne nochmal zwei Fragen aufwerfen. Die erste Problematik - keiner von uns hat danach gefragt, Sie haben auch ungefragt nichts dazu gesagt -: Welchen Einfluss werden eigentlich die verschiedenen Abzugsszenarien, was Afghanistan angeht, auf den inneren Zusammenhalt der NATO haben? Jetzt kennt keiner von uns, was vorgelegt wird. Keiner von uns weiß, was ansonsten noch verabredet wird. Es war völlig klar, Afghanistan wird ein Thema auf dem NATO-Gipfel in Lissabon sein. Es liegt die Ankündigung Obamas auf dem Tisch, 2011 mit dem Truppenabzug beginnen zu wollen und bis dahin die Truppen erheblich aufzustocken. Andere Staaten haben Zeiträume 2014, 2015 ins Gespräch gebracht. Jeder ist sich darüber im Klaren, dass eine besondere Aufmerksamkeit auf die USA gerichtet sein wird. Und wir haben heute Vormittag im Auswärtigen Ausschuss auch unter den Obleuten ein bisschen hin und her geredet, weil man es eben nicht auf dem Tisch liegen hat, ob die Bilder am Ende des Vietnamkrieges der abfliegenden Hubschrauber und von Menschen, die sich an die Kufen geklammert haben - die Bilder also einer militärischen Niederlage -, oder die Bilder einer militärischen Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan, dieser Rückzug über die Brücke, wiederholbar sind und welche Bedeutung ein solcher Ausgang auf den inneren Zusammenhang der NATO haben könnte und was zu erwarten ist vom NATO-Gipfel in dieser Richtung an neuen Festlegungen, wenn überhaupt was zu erwarten ist. Ich bin mir ziemlich sicher, die Frage Afghanistan wird eine Rolle spielen. Ich kann nur nicht beantworten, in welche Richtung das eine Rolle spielen wird.

Meine zweite Frage ist: An welchen Tischen und unter welcher NATO-Beteiligung und Nicht-Beteiligung werden denn verschiedene Abrüstungsfragen in der Tat verhandelt? Also, ich finde besonders spannend, in der Atomfrage die Festlegung der Überprüfungskonferenz in New York eine Runde zu atomwaffenfreien Zonen im Nahen Osten durchzuführen, was ja insbesondere von Ägypten vorangetrieben wird. Jeder weiß, wo mindestens zwei Probleme dort liegen. Wird das ernsthaft verfochten unter Sympathie von NATO-Mitgliedstaaten und Engagement von NATO-Mitgliedstaaten, oder bleibt das auf der Strecke? Was ist eigentlich mit anderen Bereichen der Welt, wo wir momentan noch den Zustand an Atomwaffenfreiheit haben und an welchen Tischen könnte denn in der Tat ernsthaft über die Vorschläge des russischen Präsidenten verhandelt werden? Also, ich habe die Vorschläge immer so aufgenommen, dass nicht ein militärisches System durch ein anderes System ersetzt wird, sondern dass es um eine Vielzahl unterschiedlicher Verträge und Abkommen gehen kann, die ein neues System von Sicherheit schaffen. Also Abrüstung durch Sicherheit oder Sicherheit für Abrüstung? Sind das Themen, wo die NATO sich einbringen wird? Also der NATO-Russland-Rat alleine langt da nicht. Oder sind das Themen, wo die NATO draußen ist? Und wie definiert in diesem Zusammenhang die NATO eigentlich ihr Verhältnis zur OSZE? Der OSZE-Gipfel steht ja auch vor der Tür. Das ist ja verdichtete Außenpolitik, wo wir uns jetzt mit auseinandersetzen können und müssten. Danke.

Der Vorsitzende: Herr Kiesewetter

Abg. Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. Ganz kurz, zum einen habe ich nochmal eine Nachfrage gezielt an Herrn Dr. Kamp, gerne auch an die anderen, zum Stichwort: Welche Gestaltungsempfehlungen für die deutsche Politik nach dem Lissabon-Vertrag und

nach dem NATO-Strategischem Konzept? Das kam hier vorhin etwas zu kurz. Und der zweite Punkt bezieht sich nochmal ganz gezielt auf die Nuklearwaffen in Europa. Großbritannien ja sehr eng an die USA angelehnt. Deshalb sicherlich besonders im Fokus die französischen Nuklearwaffen. Können Sie noch einmal die Argumentation der Franzosen mit Blick auf Raketenabwehr darstellen? Ich glaube, das wäre sicherlich hilfreich, weil wir dann einen ganz anderen Zugang zu dem Thema bekommen. Danke schön.

Der Vorsitzende: Frau Dağdelen.

Abg. Sevim Dağdelen (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich dafür entschuldigen, dass ich so spät gekommen bin. Ich war noch in der Fragestunde. Aber ich habe auch schon nachgefragt, ob eine solche Frage, die ich stellen möchte, gestellt wurde. Dies ist nicht der Fall. Deswegen möchte ich sie auch gerne stellen. Und zwar würde ich gerne von den Sachverständigen wissen, woraus sich eigentlich die Notwendigkeit der NATO als Verteidigungsbündnis ihrer Meinung nach angesichts der globalen, vor allen Dingen militärischen Machtverhältnisse begründet. Haben Sie da irgendwelche Bedrohungsszenarien oder Bedrohungen? Und falls es so ist, kann ich direkt auch die Nachfrage zu dieser Frage stellen. Ist denn die NATO aus Ihrer Sicht ein atomwaffengestütztes Bündnis? Die richtige Organisation eigentlich zur Bewältigung von den Bedrohungen, die eventuell bei der ersten Frage als Antwort angegeben werden. Das würde ich gerne wissen.

Der Vorsitzende: So, dann kämen wir jetzt zur abschließenden Beantwortungsrunde. Herr Kamp.

Dr. Karl-Heinz Kamp: Herzlichen Dank. Ich fange mit Herrn Kiesewetter an, weil ich diese Frage nämlich eben vergessen hatte, nach der deutschen Position, obwohl es etwas braucht. Ich mache es mal auf alle NATO-Staaten bezogen, weil ich ja in einer anderen Position bin. Aber da die neue Strategie in jeden Fall ein Kompromiss sein wird, wird sie von jedem auch gewisse Zugeständnisse fordern, nur so kommt ein Kompromiss zustande. Und wenn ich etwas gebe, dann geht etwas von meinem Kernbestand weg. Das heißt, nach der Verabschiedung der Strategie wird jedes Land ein, zwei Dinge anders sehen müssen, als es sie vorher gesehen hat. Und aus diesem Blickwinkel würde ich es sehr begrüßen - ich fände es normal -, wenn Länder, die eine solche Sicherheitsstrategie nicht haben oder nur in bestimmten Formen haben, so etwas entwickeln. Einfach eine Selbstvergewisserung, wo wollen wir eigentlich hin innerhalb dieses Bündnisses und was sind wir bereit einzubringen. Das war das, was ich am Anfang meinte mit: Der Prozess der Strategie erfordert genau das, weil sich jeder erst mal selber vergewissern muss, was er genau will. Das hatten wir in den letzten Jahren, die NATO-Staaten wollten irgendwo alle, sie war irgendwo „motherhood & apple-pie“. Wenn es um die Beiträge ging, da hat man sich dann meistens zurückgezogen.

Nur ein Satz zu 1325. Es wird nach allem, was ich weiß, eine Beauftragung jetzt geben für 1325 und wahrscheinlich eine Deutsche, nämlich Frau Stefanie Pabst. Also insofern ist das eine der Optionen, aber das ist noch nicht ganz abgekaspert. Ein ganz wichtiger Punkt, der immer wieder herum kam, war Transparenz und Rüstungskontrolle und Nuklear und was die NATO alles macht und was nicht. Ich darf erinnern, dass der Bereich Rüstungskontrolle gerade im Nuklearbereich ein nationaler ist. Da verhandeln Nationen miteinander und nicht die NATO. Und wenn Nationen nicht wollen, aus welchen Gründen auch immer, dann kann die NATO als Institution nichts machen. Der einzige Bereich, wo die NATO als Institution ist, ist der CFE-Vertrag, konventionelle Rüstungskontrolle und genau da versucht man jetzt mit sehr großem Engagement der Amerikaner, weil Frau Nuland, die ehemalige amerikanische NATO-Botschafterin, jetzt eine Arbeitsgruppe leitet, wie man das Ding irgendwie wieder beleben kann. Der Kern dabei ist - und das ist etwas, was auf Frau Clinton zurückgeht, die über internationale Organisationen eine andere Vorstellung hat als die

Vorgängeradministration - jetzt ein sehr großes Bemühen um Transparenz. Es geht bei Rüstungskontrolle in Zukunft viel weniger um das Waffenzählen, weil alle Staaten in CFE sowieso unter den Levels bleiben, die ihnen zustehen, sondern einfach um Transparenz, um gewisse Bedrohungsvorstellungen erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Ebenfalls ein Punkt, der immer wieder aufkam, war Missile Defense. Herr Mützenich ist jetzt gerade nicht da. Der Punkt ist, Missile Defense ist kein Allheilmittel. Und man kann sehr wohl fragen, ob die Summe dessen, was man dafür ausgeben muss, dem Nutzen entspricht. Das ist eine absolut legitime Frage. Was man allerdings dabei machen sollte, ist nicht das Ganze mit falschen Punkten zu überfrachten. Wenn ein Gegner nicht rational ist, dann kann ich ihn nicht beeinflussen. Dann funktioniert auch Abschreckung nicht. Die Frage, ob Missile Defense wirklich funktioniert im Ernstfall, weiß ich nicht. Ich bin, ehrlich gesagt, gar nicht scharf darauf, es auszuprobieren. Viel wichtiger ist, dass der potenzielle Gegner glaubt, dass es funktioniert, weil dann nämlich sein Kosten-Nutzen-Kalkül verändert wird. Missile Defense wirkt nicht gegen andere Bedrohungen wie z.B. Marschflugkörper. Das heißt aber nicht, dass ich auf diese Sparte des Schutzes verzichte, wenn sie in einem vernünftigen Verhältnis zu dem Mittel steht. Das ist wiederum eine andere Frage. Das heißt, der berühmte ABM-Vertrag ist ja deshalb geschlossen worden, weil zu der Zeit gegenseitige Verwundbarkeit ein Element von Abschreckung war. Verwundbarkeit war ja gut - in Führungszeichen - weil stabilisierend. Deswegen MAD - mutual assured destruction. Diese Zeiten haben wir zum Glück nicht mehr. Deswegen möchte ich auch keinen neuen ABM-Vertrag. Afghanistan – lessons learned –: Es ist im Albright-Report ein eigenes Kapitel über lessons learned in Afghanistan. Und Frau Albright hat großen Wert darauf gelegt, dass Afghanistan nicht das Zukunftsszenario für die NATO ist, sondern dass man in die Zukunft schauen muss, was nach Afghanistan sein wird. Deshalb ist bei Afghanistan relativ wenig drin.

Nur ein Punkt, weil Herr Dembinski sagte, der NATO-Russland-Rat ist gescheitert: Nein, das ist er nicht. Der funktioniert eigentlich sehr gut. Es hat gemeinsame Übungen gegeben im Bereich Raketenabwehr, die dann eingestellt wurden. Zwei große Übungen mit einem riesengroßen vorbereitenden Teil, die dann eingestellt worden sind wegen der Georgien-Krise. Es gibt eine Arbeitsgruppe zur gemeinsamen Bedrohungsanalyse - wie lang das dauert, zu was man da kommt - du lieber Gott! Aber das ist mehr als wir bisher hatten. Danke.

Der Vorsitzende: Bitte schön.

Dr. Matthias Dembinski: Ich will ganz kurz nochmal auf die Frage eingehen, auf die Grundsatzfrage der NATO, warum brauchen wir sie. Und ich hatte schon in meinem Eingangsstatement erwähnt, dass auch aus Sicht der Friedensforschung ein ganz großer Vorteil dieser NATO ist, dass sie eigentlich eine Renationalisierung von Sicherheitsfragen verhindert. Dass in Europa und über den Atlantik hinweg Transparenz, Verlässlichkeit und Stabilität erzeugt wird – das, glaube ich, ist etwas, das nicht selbstverständlich ist. Von daher hat die NATO jenseits aller Diskussion einen Wert an sich. Allein die Frage, über die wir diskutieren, wie sie sich über diese Kernfunktion hinaus noch positioniert.

Sie haben nach dem Medwedew-Vorschlag gefragt. Aus meiner Perspektive ist es in der Tat misslich, dass die NATO oder der Westen „nie richtig reagiert“ haben, es auf die OSZE geschoben haben und damit erst einmal sich eine Antwort erspart haben. Allerdings würde ich auch sagen, dass aus meiner Perspektive der Medwedew-Vorschlag vielleicht auch zu kurz greift. Er geht im Grunde davon aus, dass es in Europa zwei Gravitationszentren gibt, nämlich ein reales, was auf die EU und NATO aufbaut und ein imaginiertes, was auf Russland aufbaut. Und er schlägt in diesen beiden Gravitationszentren nur sehr dünne Beziehungen vor und mir würde das nicht ausreichen. Von daher würde ich sagen, die

NATO sollte diesen Vorschlag zwar aufgreifen, sich dazu irgendwie verhalten, aber das ist noch das, was wir eigentlich bräuchten.

Ganz kurz, AKSE: Ich würde auch zustimmen. Im Grunde geht es um die Herstellung von Transparenz. Es geht wahrscheinlich gar nicht mehr um die Reduzierung, das ist nicht mehr das Thema. Aber wenn man diese Gespräche jetzt aufgreift und wenn man sie auch deshalb ausführt, weil sie ein zentraler Bestandteil sind in einem Gesamtkontext von Rüstungskontrolle, muss man bestimmte Stolpersteine aus dem Weg räumen. Einer dieser Stolpersteine aus meiner Sicht ist dieses House Nations-Konsens-Prinzip, also die Frage, ob alle Staaten, in denen die Truppen eines fremden Landes stationiert sind, dieser Stationierung zustimmen müssen. Und diese Frage ist hoch gekommen und hat in der Georgien-Problematik sofort zum Stillstand geführt. Ich finde, diese Auseinandersetzung ist es nicht wert, dass man die Rüstungskontrolle blockiert, sondern das müsste man abkoppeln. Und vielleicht ganz kurz zu dem NATO-Russland-Rat. Das Problem ist natürlich, er hat in vielen Phasen funktioniert, das ist gar keine Frage. Das Problem ist, dass er in der Phase, in der er hätte funktionieren müssen, in der er zu einer Konfliktminimierung hätte beitragen müssen, sofort blockiert war.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Kaim

Dr. Markus Kaim: Vier Punkte. In Antwort auf Frau Bulmahn: Ich will es mir nicht so einfach machen, weshalb sich die NATO nicht mit ziviler Krisenprävention beschäftigt hat. Aber es hat natürlich etwas damit zu tun, dass die NATO per se keine präventive Organisation ist, sondern eine Verteidigungsorganisation und per se reaktiv angelegt ist. Da ist natürlich ein strukturelles Moment, was auch dafür verantwortlich ist, dass der Main-Set über 60 Jahre einfach reaktiv angelegt und nicht präventiv ist. Und ich glaube, die NATO ist am Beginn einer learning curve. Wir haben ja über zivile Kapazitäten auch gesprochen, also die Einsicht, dass die sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen die NATO und ihre Mitglieder stehen, heute in weiten Teilen nichtmilitärischer Natur sind. Auch wenn das heute banal klingen mag, aber vielleicht ist es für die Experten ein Allgemeinplatz, glaube ich, dass es für die NATO noch tendenziell eine neue Einsicht ist. Die Tatsache, dass man jetzt erst über die Frage diskutiert - größere zivile Kapazitäten innerhalb der NATO, größerer Blickwinkel auch auf solche Aktivitäten - , das unterstreicht den Punkt.

Zweiter Punkt: NATO-Verhältnis zur ESVP. Zum Verhältnis NATO-EU haben wir schon einiges gesagt, das muss man jetzt an dieser Stelle nicht wiederholen. Das Hauptproblem ist, dass der Ball zurzeit in einem anderen Feld liegt. Und das Problem NATO-ESVP Beziehung nur Teil der NATO ist und vielleicht zum jetzigen Zeitpunkt gerade viel stärker als die ESVP ist. Dass die Euphorie der 90er oder der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts an ein Ende gekommen ist und ein Skeptizismus eingehalten hat, der vielfältige Gründe hat. Der hat etwas mit der Finanzkrise zu tun, der hat etwas damit zu tun, dass die existierenden Instrumente, Stichwort Battle Groups, ihre Funktion niemals haben erfüllen können, weder als Krisenpräventionsinstrumente noch als Katalysator für militärische Integration. Beide angestrebten Ziele haben eigentlich nicht funktioniert. Und zumindest für den deutschen Bereich muss man sagen, dass auch das Bundesverfassungsgericht mit dem Lissabon-Urteil auch der Finalität der europäischen Integrität in diesem Politikfeld einige Grenzen aufgewiesen hat. Die Hürden für eine europäische Armee sind so hoch gehängt, dass man sagen muss, politisch ist das Ziel erst mal nicht erreichbar. Dass aus vielfältigen Gesichtspunkten die ESVP - heute muss man ja sagen GSVP - nicht tot ist. Dazu würde ich mich jetzt nicht durchringen mögen, aber sie ist, glaube ich im Moment, in einer Phase der Selbst-Introspektion und -verharrung. Ich glaube, in diesem Punkt ist nicht viel zu erwarten aus der Sicht der NATO.

Dritter Punkt: Internationales Recht. Das alte Strategische Konzept von 1999 ist an dieser Stelle vielleicht etwas loser als wir das heute schreiben würden. Da heißt es ja, glaube ich,

according to international law. Natürlich wird man sich heute dazu durchringen können zu sagen, nur mit einem UN Mandat. Aber ich glaube, das ist nicht der entscheidende Punkt. Der entscheidende Punkt ist kein Punkt, der mir des nachts den Schlaf raubt, ist doch aufgrund der Kosovo-Intervention 1999 noch viel gewichtiger, hat nicht viel mit der NATO zu tun, der amerikanischen Intervention im Irak. Allen Beteiligten ist klar geworden, dass eine scheinbar weiche Größe wie Legitimität überhaupt keine weiche Größe ist. Es ist eine harte Währung in der internationale Politik. Etwas, was als illegitim gilt, genießt keine Unterstützung. Es ist nicht möglich, Koalitionen darum zu bilden. Ich glaube, dass innerhalb der NATO niemand, wirklich niemand tatsächlich von dem Primat des UN-Mandates zum gegenwärtigen Zeitpunkt abweichen möchte.

Letzter Punkt, Herr Gehrcke, weicht ein bisschen ab vom Thema; etwas, was nicht zwangsläufig mit dem neuen Strategischen Konzept zu tun hat, aber Sie sollen eine Antwort bekommen. Ich beschäftige mich viel damit. Ich sehe die amerikanische Debatte eher in eine andere Richtung driften. Es gibt diejenigen in den USA, die tatsächlich die Benennung des Truppenabzuges Juli 2011 schon immer für einen Fehler gehalten haben und ich sehe die die Oberhand gewinnen. Es hat auch vor allem mit der amerikanischen Innenpolitik zu tun. Wir werden einen Präsidentschaftswahlkampf mit einem republikanischen Gegner des Präsidenten haben, der nicht mit einer Abzugsagenda in den Wahlkampf ziehen wird. Es gibt gegenwärtig keinen innenpolitischen Druck in den USA. Afghanistan spielt auch entgegen meinen Erwartungen überhaupt kein Rolle. Es gibt keinen innenpolitischen Druck, der den Präsidenten in diese Richtung drängt. Von daher war meine Prognose, dass sich mindestens die USA, nicht die NATO, letztlich doch erst mal auf ein unbegrenztes Engagement in Afghanistan einrichten. In einer bestimmten Sicht der Dinge hat der Abzug bereits begonnen. Die Fälle sind bekannt, die muss ich hier nicht weiter aufführen: Kanada, Niederlande, Polen haben ihren Abzug angekündigt. Und ich glaube, diejenigen - Sie haben sie genannt - werden an ihren Abzugsdaten festhalten und darunter auch die Bundesregierung, alles um 2013, 2014. Was dann wahrscheinlich die Entwicklung sein wird, wird eine totale Amerikanisierung der Region sein und vielleicht eine ganz kleine integrierte NATO-Training Mission for Afghanistan. Das kann ich mir durchaus vorstellen.

Aber der letzte Punkt, der anzusprechen ist: Was heißt das für die Zukunft? Ich glaube, die NATO wird aufgrund der Afghanistan-Erfahrung, die wir hier schon angedeutet haben, sehr zurückhaltend sein, vergleichbare Missionen anzunehmen. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die glauben, dass das die letzte Mission der NATO sein wird im Auftrag der Vereinten Nationen. Ich glaube, nach einer gewissen Phase der Abstinenz wird der Druck angesichts der Krisen, über die wir viel spekulieren können, die es leider, leider geben wird – das könnte Sudan sein, könnte etwas anderes sein -, so stark sein, dass die NATO sich dem Auftrag der Vereinten Nationen nicht wird entziehen können. Aber für die nächsten Jahre erwarte ich eher eine gewisse Introspektion, Zurückhaltung der NATO in dieser Frage.

Der Vorsitzende: Herr Professor Gießmann.

Prof. Dr. Dr. Hans J. Gießmann: Vielen Dank für die Fragen. Auch ganz kurz zur Frage von Rolf Mützenich, zum zweiten Punkt, Beziehungen zu Nachbarschaften, insbesondere im Süden Europas. Strategisch hatte ich erwartet, dass das Bestandteil der Überlegungen ist. Aus aktuellen Gründen kann ich auch verstehen, dass im Augenblick wohl die USA eine sehr starke, aktive Rolle bezogen haben in Bezug auf den Nahost-Konflikt, dass dies jetzt nicht im Vordergrund steht. Aber ich fände es wichtig, dass es tatsächlich Teil eines Konzeptes ist, das auch auf Kooperation angelegt ist. Was responsibility to protect angeht, da bin ich missverstanden worden. Mir ging es darum zu sagen, dass wir im Grunde drei parallele Prozesse gegenwärtig haben. Zum einen ein sehr hohes Maß an Staaten, die als fragil bezeichnet werden, also im Grunde genommen im Rahmen des internationalen Völkerrechts als Akteur nur begrenzt handlungsfähig sind. Zweitens, die bisher nicht erreichte Fähigkeit

der Vereinten Nationen oder Mitgliedsstaaten, die Reform der Vereinten Nationen so voran zu treiben, dass die mit den neuen Herausforderungen adäquat umgehen kann. Und Drittens schließlich eine dynamische Rechtsdiskussion, die nach Alternativen sucht, die mit den neuen Herausforderungen, die eben nicht durch Kapitel 7 oder die eben nur gerade abgedeckt sind, adäquat umgegangen werden kann. Das ist eine der Rechtsfiguren.

Es gibt natürlich auch eine Diskussionen über Art. 51. was wir in Bezug auf Cyber War als Beispiel hier schon gehabt haben. Und hier denke ich an die Staaten, die ein besonderes Gewicht auch in den internationalen Beziehung haben und auch eine besondere Verantwortung, in diesem Diskurs Position zu beziehen. Das bedeutet, dass der Raum dafür die Vereinten Nationen sind. Das bedeutet natürlich auch, dass die Staaten der NATO in besonderer Verantwortung natürlich auch stehen, die Rechtsgrundsätze der Vereinten Nationen ihrem eigenen Handeln zu unterlegen, damit die Vereinten Nationen als solche nicht weiter geschwächt werden. Und es bedeutet drittens, dass vermieden werden muss, dass Doppelstandard in der Anwendung von Recht praktiziert wird. Das betrifft natürlich insbesondere die Auslegung der Maßnahmen von Kapitel 7 und die Entscheidungen im Sicherheitsrat. Es sind die Staaten, die letztlich ihren Willen artikulieren und in den Vereinten Nationen auch zur Verfügung stellen müssen.

Dritter Punkt: Zivile Organisationen. Ich habe das vorhin schon mal gesagt, ich kann das nochmal betonen. Es sind bei der OSZE oder bei der EU und bei der NATO mit geringen Ausnahmen dieselben Akteure. Es liegt also an den Akteuren, an den Staaten selbst, ihre Interessen auch in den anderen Organisationen zur Geltung zu bringen. Ich stimme dem zu., was Markus Kaim gesagt hat. Dass ESVP oder GSVP zurzeit nicht diesen pointierten Stellenwert hat, hat auch damit zu tun, dass die Staaten ihre Prioritäten anders setzen und ich denke, das sollte ein Grund zur Sorge sein. Das gilt insbesondere für die OSZE.

Letzter Punkt, Missile Defense. Ich denke, man kann natürlich lange darüber nachdenken, was es bedeutet, Raketen und Abwehrraketen miteinander zu kombinieren. Was man aber nicht machen kann, man kann Dritten nicht verwehren, selber Perzeptionen zu entwickeln, die möglicherweise anders sind als die Intention derer, die Programme betreiben. Und deshalb ist es eben wichtig, dass man ein solches Programm, wenn man es denn für sicherheitsbildend hält, in Kooperation entwickelt mit Russland. Das ist ein erster Schritt. Aber ich glaube, es ist inzwischen an einen Punkt gekommen, wo die Frage der ABM nicht mehr als Russland-NATO-Problem diskutiert wird, sondern Teil eines globalen Ansatzes sein muss, bei dem die Frage der Proliferation von ballistischen Raketen ebenso eine Rolle spielt wie die Frage der Nuklearwaffen und der Raketenabwehr.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Prof. Brzoska.

Prof. Dr. Michael Brzoska: Ich möchte vielleicht nochmal zu der Frage, warum NATO und so, eine Bemerkung machen. Ich halte es auch für wichtig, dass die NATO auch ein Forum für den transatlantischen Dialog und die transatlantische Zusammenarbeit ist. Wir haben vorhin das Thema - Herr Schäfer hat es angesprochen - Energiesicherheit und inwieweit das ein Legitimationsthema ist und inwieweit es etwas ist, was vorgeschoben ist, um andere, nicht mehr vorhandene Legitimationen für die NATO abzusichern. Aber stellen Sie sich mal vor, wir hätte die NATO nicht. Und wir hätten den Gegensatz zwischen europäischen Nutzern von Energie und den Vereinigten Staaten als Energienutzer. Ich glaube, das wäre eine Horrorvorstellung, die durchaus manche auch immer wieder anmahnen. Und ich halte es für wichtig, dass wir genau das, auch nicht zuletzt mit der NATO, verhindern, dass es diese Gegensätze gibt. Dass wir jetzt nicht denken, die Amerikaner werden uns das Öl wegnehmen in Zukunft.

Zweiter Punkt, den ich machen wollte, er betrifft die zivile Krisenprävention und die Frage, warum hier die NATO jedenfalls bisher nicht besonders aktiv war. Und ich denke auch, dass

hier die Bedeutung von Art. 4 des Transatlantik-Vertrages bisher einfach zu gering gewesen ist. Und dass in der Tat das Sprechen über Krisen und über Probleme in der NATO verstärkt werden muss, und das hat auch schon angefangen. Energiefragen sind ein, Cyber War-Fragen ein anderes Thema, aber das ist weiter für mich eine Hauptfunktion der NATO in der Zukunft, eine Sache, die ausgebaut werden muss.

Zu den rechtlichen Fragen, was Sie nochmal angemerkt haben. Ich denke, da ist ein innerer Zusammenhang zwischen dem, was ich gesagt habe und Sie fragen wollten. Das Bekenntnis zum Völkerrecht ist zunächst erst mal nicht sehr spezifisch. Denn das Völkerrecht ist natürlich, wie wir alle wissen, umstritten. Und hier klarere Positionen zu finden, was etwa den Einsatz von Drohnen und neue automatischen Waffen angeht, oder was das Verhältnis der Umsetzung von Verträgen wie Oslo oder Ottawa angeht. Ich glaube, eine Aufgabe, die die NATO sich vornehmen sollte, um einfach auch klarer zu bekommen, was denn dieses Statement, wir halten uns ans Völkerrecht, was hoffentlich im neuen Strategischen Konzept steht, denn konkret bedeutet.

Ich wollte noch etwas sagen zu dem Punkt, den Herr Kamp gesagt hat, dass die Nuklearfrage natürlich eine nationale ist. Aber das ist ja gerade jetzt durch die Beschlüsse und möglicherweise auch die Formulierungen im Strategischen Konzept relativiert, wenn gesagt wird, wir machen das nur im Konsens. Und Herr Gehrcke hat schon gefragt, nationale Souveränität und wie viel gibt man ab an die NATO usw. Ich konstatiere zunächst, dass das in bestimmten Bereichen sehr unterschiedlich ist. In der Nuklearfrage sagen wir als Deutschland, wir machen es abhängig vom Konsens in der NATO. In vielen anderen Fragen machen wir es nicht. Und die Renationalisierungsbestrebungen, die Probleme mit Kooperationen im Rüstungsbereich usw. sind schon genannt worden.

Letzter Punkt, den ich noch sagen wollte zu KSE und AKSE usw. Ich glaube, es greift zu kurz zu sagen, dass es nur um Transparenz geht. Wir werden keinen Erfolg haben mit dem AKSE, wenn wir nur auf Transparenz setzen. Denn aus russischer Sicht gibt es schon substantielle Fragen etwa der Dislozierung, etwa der Flexibilitätsregelungen, etwa der Flankenregelung. Das ist aus russischer Sicht so, Herr Kiesewetter hatte das, glaube ich, gefragt. Irgendwer hatte es gefragt, wie viel Truppen wir denn in Mitteleuropa haben, haben wir genug? Die europäischen Mitgliedsstaaten haben im Moment 2,3 Mio. Soldaten unter Waffen. Das wird jetzt etwas geringer werden. Aber 2,3 Mio. ist deutlich mehr als das, was etwa Russland hat, unter einer Million. Auch wenn man die Verbündeten Russlands, die zum Teil gar nicht richtig dazu gehören, mit dazu zählt, ist es deutlich weniger. Und insofern ist es aus russischer Sicht einfach eine zentrale Frage. Wir haben es gesehen. Wir haben intensiv diskutiert über die substrategischen Nuklearwaffen Russlands. Das ist das Hauptargument, vielleicht ein vorgeschobenes. Aber es ist das Hauptargument, was man hört in Moskau, warum Russland im Moment nicht auf die substrategischen Nuklearwaffen verzichten kann. Wie gesagt, möglicherweise ist es vorgeschoben, aber solche Legitimationsfragen spielen immer eine große Rolle. Insofern sehe ich da eine strategische Verbindung zwischen den nuklearen und den konventionellen Streitkräften.

Der Vorsitzende: Meine Damen und Herren, ich darf mich ganz herzlich am Ende dieser sehr interessanten Anhörung bei Ihnen bedanken. Ich denke, im Namen aller Fraktionen darf ich sagen, Sie haben uns sehr geholfen, auch für die weiteren Diskussionen. Ich darf den Kolleginnen und Kollegen noch sagen, dass inzwischen das Papier wohl in der Geheimschutzstellen angekommen ist. Allerdings, ehe Sie sich jetzt alle freuen, zur Einsicht für die Obleute. Ich bin der Bote, Frau Zapf, ich bin nicht derjenige, der es entschieden hat. Die Obleute können es sich anschauen. Ich bedanke mich ganz herzlich, schließe die Sitzung und wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg. Danke schön.

Ruprecht Polenz, MdB
Vorsitzender